

Bundeskanzleramt

z. Hd. Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer

Ballhausplatz 2

1010 Wien

Innsbruck, 08.03.22

Offener Brief zum Impfwang

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Karl Nehammer!

Ich erinnere Sie an meine Anfrage nach dem Auskunftsgesetz vom 13.12.21 betreffend der **aktiven CIA-HNaA-Drohnenmordattentatsgemeinschaft** sowie an die **Anfrage vom 17.12.21 und 20.12.21 u. weitere über vorherrschende staatliche Missstände**, die noch alle unbeantwortet sind.

Haben Sie veranlasst, dass das HNaA die Tätigkeiten auf der Abhörstation Königswarte für den aktiven Kriegsakteur die CIA einstellt und sich nicht mehr aktiv am illegalen Drohnenmordprogramm beteiligt? Wenn nicht, sind Sie rüchtrittsreif und ein Fall für das Gericht.

Eine faschistoide, totalitäre u. autoritäre Regierung sowie Zwang & Strafandrohung haben in Österreich nichts verloren. Raus aus dem Hohen Haus!

Nur so zur Info, damit man Bescheid weiß, was derzeit abgeht. Von Rechtstreue weit entfernt!

Der Impfwang verstößt gegen

- **die ärztliche Ethik** und zerstört das Arzt/Patientin-Vertrauensverhältnis.
- den **UN Sozialpakt** verbiete jegliche medizinischen Zwangsmaßnahmen und ist Bestand des Völkerrechts.
- das **Genfer Gelöbni**s der Ärzte, früher Hippokratischer Eid
- die **Deklaration von Helsinki!**
- die **Empfehlungen der WHO!**
- den Empfehlungen des **Europarates!**
- Ist gegen das **Verbot seitens dem EU-Gerichtshof!**
- die **Europäische Grundrechtscharta**
- das **Selbstbestimmungsrecht der Menschen**
- die **Menschenrechte** – Unversehrtheit des Körpers
- **Pflicht der Aufklärung auf Einwilligung auf Eingriffe, sowie jederzeitiges Ausstiegsrecht aus Experiment**
- den **Nürnberger Kodex**
- **unsere Freiheitsrechte, Selbstbestimmungsrechte zudem ist er ohne wissenschaftlich-medizinische Evidenz, ohne Notwendigkeit, nicht das gelindeste Mittel, mit unwirksamen experimentellen Getherapien mit enormen Impfschäden**
- **NEUWAHLEN! 137 Nationalratsabgeordnete RAUS aus dem Hohen Haus!**

Unlängst hat mir ein Univ. Doz. hinter vor gehaltener Hand mitgeteilt, dass er von Leuten die er kennt, weiß, dass **Betriebsklima im ORF Tirol** und in der **Tiroler Tageszeitung**, „**unter jeder Sau ist**“ er sagte zu mir: „weil überlegen Sie sich Mal, wenn Sie als

Journalist zwei Jahre irgendwas schreiben **von dem sie selber wissen, dass das nur Propaganda ist, dass es nicht die Wahrheit ist, das geht ihnen dann auch an die Psyche**, er sagte er wissen die Journalisten sind massiv angeschlagen, weil die Journalisten ihr ureigenes Berufsverständnis, den kritischen Journalismus über Bord geworfen haben und das ist katastrophal. **Die Leute wissen, dass sie Blödsinn**

schreiben. Die wissen das. Tun es aber, wegen dem

Geld. Und er meinte: Der Strache hat im Ibiza Video viel Blödsinn gesagt. Verdammt viel Blödsinn. OK, aber bei einem Satz hat er ziemlich recht gehabt, wo er gesagt hat. Journalisten sind **Huren**. Und so ist es leider. **Und das wissen die Journalisten und deswegen fühlen sie sich auch nicht wohl.** Nicht gut. Die Journalisten haben bei ihm kein Mitleid, sagte er mir ganz ehrlich. Die haben kein Mitleid. Ganz ehrlich, so wie man in den Wald hineinruft, so kommt es zurück.

Das erinnerte mich an einen meiner früheren Beiträge, geklaut von Peter Klien, bzw. ORF.

PETER KLIEN MACHT UMFRAGE UNTER JOURNALISTEN OB SIE WISSEN, DASS DIE JOURNALISTEN DIE GRÖSSTEN HUREN AUF DER WELT WÄREN, WAS DURCHWEGS BEJAHT WURDE UND ERWÄHNT WURDE, POLITIKER AUCH!

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/b337eiuiDVqM/>



Ich bin schon auf die morgige Entscheidung des Expertengremiums zur Impfpflicht gespannt.

Hier noch einmal meine **wesentlichen sechs Gegenargumente:**

1) **Die aktuellen Impfungen schützen weder vor einer Infektion noch reduzieren sie die Übertragung von SARS-CoV-2.**

Nachzulesen u.a. im GECKO-Bericht vom 18.02.2022 - <https://bit.ly/3pJ8Qom> - **Gegen eine Verpflichtung ohne Fremdschutz sprechen viele medizinische, ethische, rechtliche und andere Gründe.**

2) Laut Impf-Dashboard - <https://info.gesundheitsministerium.at> - haben **70 Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung ein gültiges Impfbzertifikat** (was wenig über die wirkliche Immunität in der Bevölkerung aussagt). Bei den über 55-Jährigen sind es deutlich über **80 Prozent.** **Damit liegt Österreich über dem europäischen Durchschnitt.**

3) Ein immer größerer Anteil der österreichischen Bevölkerung hat ein- oder mehrmalige Infektionen mit SARS-CoV-2 durchgemacht. **Damit liegt die Gesamtimmunität laut GECKO-Bericht deutlich über 90 Prozent.** **Basierend auf diesen Zahlen eine Impfpflicht zu begründen erscheint unmöglich.** Besser wäre es regelmäßige repräsentative Studien in verschiedenen Bevölkerungsgruppen durchzuführen, um die Gesamtimmunität (auch T-Zell getriggert) zu monitorisieren.

4) **Immer mehr genesene Personen bedeutet auch, dass die natürliche Immunität und die Hybrid-Immunität (infiziert und geimpft) eine immer wichtigere Rolle spielt.** **Eine Impfpflicht für genesene Personen muss nicht nur medizinisch, sondern auch rechtlich begründet werden. Soziale Gründe wie ungültiger Impfbzertifikat sind irrelevant.**

5) **Omikron ist die Antithese zu jeder Impfpflicht.** **Auf Basis der Eigenschaften dieses Virus inkl. seiner Varianten eine Impfpflicht zu fordern ist absurd.** Mit dem gleichen Argument könnten unzählige andere

präventive Maßnahmen in unserer Gesellschaft verpflichtend gemacht werden um Krankheitsrisiken mit unverhältnismäßigen Mitteln zu reduzieren.

6) **Eine nicht begründbare Impfpflicht führt nur zu breitem Widerstand und gefährdet die Akzeptanz anderer Impfungen. Ist somit kontraproduktiv.**

Es gibt **noch viele andere Gegenargumente**, aber das sind meine sechs Wichtigsten.

Meine Friedensfahnen waren vorgestern und letztes Wochenende in Kärnten im Einsatz, hier in Spittal. Und diesmal haben sich die Polizisten viel friedlicher verhalten als früher, da man Menschen mit Friedensfahnen nicht schlecht behandeln kann. 😊



Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4



Hier in Villach ☺



Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at



Dieses Wochenende wird sie in Lienz im Einsatz sein, dann kommt sie wieder nach Hause, nach Innsbruck um Frieden zu stiften.

Der totale Endsieg 😊 juchuuu ■ "Das Robert-Koch-Institut aktualisiert seine Risikobewertung zu COVID-19:

▶ **Die „Impfung“ dient nur noch als individueller Schutz vor schweren Verläufen und ist kein Mittel mehr, um Übertragungen in der Bevölkerung zu reduzieren.**

▶ **Mit der Fremdschutzbegründung fällt auch das wichtigste inhaltliche Argument für eine Impfpflicht.**

▶ **Auch das Bundesverfassungsgericht muss nun umdenken."**

■ **"Die bisherige Risikobewertung des RKI diene als Begründung für den Impfpflichtentwurf**

(Bundestagsdrucksache 20/899) und für das Urteil des BVerfG zur Impfpflicht.

▶ **In beiden Dokumenten wird explizit auf diese Quelle verwiesen."**

■ **Das RKI hat den Schutz vor Übertragungen durch die Impfung komplett gestrichen**

Artikel hier weiterlesen 🖱

<https://tinyurl.com/yaswpnn9>

TEXTQUELLEN

<https://www.rki.de/.../Neuartiges.../Risikobewertung.html>

<https://web.archive.org/.../Neuartig.../Risikobewertung.html>

<https://mobile.twitter.com/ola.../status/1494368516732030976>

Das Robert-Koch-Institut aktualisiert seine Risikobewertung zu COVID-19: Die „Impfung“ dient nur noch als individueller Schutz vor schweren Verläufen und ist kein Mittel mehr, um Übertragungen in der Bevölkerung zu reduzieren. Mit der Fremdschutzbegründung fällt auch das wichtigste inhaltliche Argument für eine Impfpflicht. Auch das Bundesverfassungsgericht muss nun umdenken.

Die bisherige Risikobewertung des RKI diene als Begründung für den [Impfpflichtentwurf](#) (Bundestagsdrucksache 20/899) und für das Urteil des BVerfG zur Impfpflicht. In beiden Dokumenten wird explizit auf diese Quelle verwiesen.

Beide Dokumente begründen die Einschränkung von Grundrechten mit dem Schutz vor Übertragungen (Fremdschutz). Doch genau diese Quelle gibt es seit 28. Februar nicht mehr:

Das RKI hat den Schutz vor Übertragungen durch die Impfung komplett gestrichen

- Aktuell:

“Die Impfung bietet grundsätzlich einen guten Schutz vor schwerer Erkrankung und Hospitalisierung durch COVID-19, dies gilt auch für die Omikronvariante.”

- Bis 28.2.22:

“Damit die Infektionsdynamik zurückgeht, müssen so viele Übertragungen wie möglich vermieden werden. Hierfür sind sowohl Kontaktreduktion und Einhaltung der AHA+L-Regeln sowie die Impfung erforderlich.”

Die Aufforderung Abstand Halten und Kontakte zu reduzieren gilt laut RKI ab 28.2.2022 für alle, unabhängig vom Impfstatus:

“Alle diese Empfehlungen gelten auch für Geimpfte und Genesene unabhängig von dem angenommenen individuellen Immunschutz”

Der Immunschutz ist nur noch „angenommen“ oder vermutet, aufgrund der aktuellen Zahlen jedoch nicht mehr beweisbar. **2G oder 3G ist somit laut RKI medizinisch nicht mehr zu**

rechtfertigen. Im Abschnitt “Übertragbarkeit” gibt es immerhin einen Hinweis darauf, dass wenigstens kurz nach der Impfung Infektionen reduziert werden könnten.

Die Aktualisierung erfolgte am 28.2.2022 gleichsam im Kleingedruckten, ohne große Pressemitteilung, obwohl sie einen radikalen Schwenk – gerade auch im Hinblick auf die Pläne einer bestimmten Politikergruppe eine Art Zwangsimpfung einzuführen – darstellt. Fast alle Länder in Europa hatten diesen Wechsel vom Fremdschutz zum reinen Eigenschutz bereits vollzogen und alle grundrechtsbeschränkenden Maßnahmen beendet.

Hintergrundinformationen:

Seit Januar 2022 ist die Inzidenz unter Geimpften und Ungeimpften in der arbeitenden Bevölkerung nahezu gleich, so dass das RKI veranlasst war, die Stellungnahme anzupassen:

Die Daten zeigen aktuell noch einen geringen Schutz durch den Booster (ca. 35%). Das RKI erkannte jedoch dass aufgrund 2G+ und 3G die Geboosterten viel seltener getestet werden als alle anderen Bevölkerungsgruppen.

Besser spät als nie



(c) Leonhard Lenz, CC0, via Wikimedia

Commons

Mit der Neubewertung zieht das RKI sehr verspätet der weltweiten Entwicklung nach. Bereits am 17. Februar schrrieb Olaf Garber:

„Kritiker des BVG-Urteils verloren den Glauben an die Rechtsstaatlichkeit, da ihnen aus Dänemark bekannt war das bei Omikron die Geimpften sich etwas öfter anstecken als

Ungeimpfte, Fremdschutz also nicht möglich ist. **In Großbritannien werden Geboosterte inzwischen fast doppelt so häufig krank wie Ungeimpfte, also eine katastrophal negative**

Impfeffizienz.

Die Booster sind dort schon länger her als in Kontinentaleuropa und verlieren ihre Wirksamkeit. Nur in Deutschland haben die Ungeimpften mehr Fälle pro 100.000 als die Geimpften. Aber die Y-Achse verrät: Dänemark und UK haben jeden Bürger erfasst, das RKI jedoch hat nur wenige Fälle mit Angaben zu geimpft/ungeimpft gemeldet bekommen.“

Trost für pharmaindustriennahe Politiker: Pfizer & Co werden weiter Umsätze machen

Hinzukommt als wichtiges medizinisches Argument, dass es bereits **zwei Medikamente bei der Behandlung von COVID-19 gibt (Paxlovid und Molnupiravir)**. Selbst die ansonsten impfpropagandistische „Tagesschau“ zu Paxlovid: „Nach der Zulassung ist Paxlovid das erste Mittel, das mit Corona infizierte Patienten zu Hause oral einnehmen können. Die Covid-Pille des US-Herstellers Pfizer gilt als sehr effektiv ... In einer klinischen Studie zeigte die Tablette

eine Wirksamkeit von fast 90 Prozent bei der Vorbeugung von Krankenhausaufenthalten und Todesfällen bei Hochrisiko-Patienten.“

Damit müssen auch die Politiker, die in Pfizer-Aktien investierten, nun nicht mehr allzu große Angst vor erheblichen Verlusten haben.

Die letzten Stützen einer verfassungswidrigen, **gegen jedes medizinische Ethos** verstoßenden Impfpflicht sind gefallen.

Quellen:

- Link zur aktuellen COVID-19 Risikobewertung des RKI (Stand 28.2.2022): https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikobewertung.html
- Link zur bisherigen COVID-19 Risikobewertung des RKI (Stand 14.1.2022): https://web.archive.org/web/20220114171631/https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikobewertung.html
-

**Es ist eine politische
Pandemie!
Eine Pandemie der
Korruption!**

- [LOVEstorm people](#)
- **Es ist eine politische Pandemie! Es ist eine Pandemie der Korruption!** - Rücktritt von der Leyens gefordert - Der EU-Kommissionspräsidentin wird **wegen Corona-Impfkampagne Vorteilsnahme und Betrug vorgeworfen**
- Eine parteiübergreifende Initiative von **36 Abgeordneten des Europäischen Parlaments** setzt sich für **die vollständige Offenlegung der Verträge der EU-Kommission mit den Herstellern der Corona-Impfstoffe ein.** Das von der AfD-Abgeordneten Christine Anderson und dem rumänischen Christdemokraten Cristian-Vasile Terhes geschmiedete Bündnis, dem Vertreter von AfD, EVP, FPÖ, Grünen und Linken angehören, **fordert auch den Rücktritt der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.** Ihr wird vorgeworfen, einen **"gigantischen Covid-19-Wissenschaftsbetrug"** mitbetrieben zu haben. Die **Impfkampagne der EU bedrohe**

Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in Europa.

- Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhmer, äußert sich dazu wie folgt:
- "Mittlerweile ist bekannt, dass von Corona bei weitem nicht die Gefahren ausgehen, die von den Politikern der Altparteien an die Wand gemalt wurden. Die eigentliche Gefahr liegt in der politischen Pandemie. Die Ausgrenzung Ungeimpfter, die drohende Impfpflicht, die Beschränkungen der Arbeits-, Bewegungs- und Bildungsfreiheit sowie die Verletzung des Patientengeheimnisses haben das Vertrauen von Millionen Menschen in die demokratischen Institutionen untergraben.
- Nun geraten immer weitere Details aus der Vorgeschichte des globalen Pandemie-Skandals ans Licht. Offenbar wurde eine Art Impf-Businessplan zwischen dem Pfizer-CEO und von der Leyen privat abgestimmt, bevor die EU-Kommission die Covid-19-Impfungen als - angeblich - einziges Mittel gegen Corona zu propagieren begann. Im Zentrum dieses Plans stand womöglich eher ein privates Geschäftsinteresse als die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung. Die Tätigkeit des Ehemannes der EU-Kommissionspräsidentin, Heiko von der Leyen, als Berater in der Pharma-Industrie und medizinischer Direktor eines biopharmazeutischen Unternehmens bekräftigt den Verdacht schwerwiegender Interessenskonflikte.
- Quelle: <https://www.epochtimes.de/.../versagen-der-eu-kommission...>
- Danke für die Wertschätzung meiner Arbeit ♥ <https://paypal.me/EinwandFreiTV>
- Telegram-Kanal ♦ <https://t.me/einwandfreitv>

-
- [HTTPS://TKP.AT/2022/03/07/OFFENER-BRIEF-ZUM-WHO-PANDEMIEVERTRAG-DER-AERZTE-VON-GESUNDHEIT-FUER-OESTERREICH/](https://tkp.at/2022/03/07/offener-brief-zum-who-pandemievertrag-der-aerzte-von-gesundheit-fuer-oesterreich/)
-

• **Offener Brief zum WHO Pandemievertrag der Ärzte von „Gesundheit für Österreich“**

- [pfm Politik](#) 7. März 2022 5 Minutes
- Am 1. März haben in Genf die Verhandlungen über den sogenannten Pandemievertrag begonnen. Der Vertrag soll bis 2024 beschlossen werden. Die WHO soll dadurch weitgehende Vollmachten und Weisungsbefugnisse gegenüber den Mitgliedsländern erhalten. Dagegen wendet sich der Verein „Gesundheit für Österreich“.
- *Von Dr. Peter F. Mayer*
- Auffällig ist die Übereinstimmung der Ziele des Pandemievertrags mit jenen der Rockefeller Foundation. Sie baut schon länger selbst an einem „[Pandemic Prevention Institute](#)“. Auch ihr geht es um die Früherkennung möglicher Erreger, die Kapazitäten für Gensequenzierungen soll ausgeweitet werden. Es ist nicht das einzige Ziel, bei dem Rockefeller und WHO übereinstimmen. Auch beim Kampf gegen „Falschinformationen“ ist man sich einig.
- Auch Bill Gates, [bekanntlich mit seiner Stiftung äußerst einflussreich innerhalb der WHO](#), fordert seit längerem massive Investitionen in die Labor- und Testkapazitäten. [Geht es nach Gates, dann sollte es möglich sein, täglich 20 Prozent der Weltbevölkerung testen zu können](#). Das sind etwa 2 Milliarden Menschen.
- **Es ist vor allem der Einfluss der Pharmabranche, die vielen Menschen Sorge bereitet.** Deshalb wendet sich der Verein „Gesundheit für Österreich“ nicht nur an die Politik, sondern auch an die Öffentlichkeit:
- **WHO will sich jetzt über die Verfassung ihrer Mitgliedsländer stellen**
- Sehr geehrte Damen und Herren in den Regierungsämtern, am Verfassungsgerichtshof,
- im Bundespräsidentenamt, in den Ministerien und in den Redaktionen,
- wir möchten dringend vor einer sehr bedenklichen Entwicklung warnen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) plant **ein Abkommen über die „weltweite Pandemievorsorge“ zu etablieren**. Der Vertrag wurde im Dezember 2021 präsentiert und am 1. März 2022 tagte ein Verhandlungsgremium zum ersten Mal. **Laut Auskunft des Gesundheitsministeriums haben österreichische VertreterInnen der Schaffung eines „Pandemievertrags“ bereits zugestimmt.**
- **Das Vorhaben ist hochgefährlich**

- Dieses Abkommen soll ermöglichen, dass die WHO nicht mehr wie bisher Empfehlungen für die Regierungen der Mitgliedsländer abgibt, sondern Entscheidungen trifft, die als Gesetze gelten und sogar über unserer Verfassung stehen sollen. Das „Abkommen zur Pandemievorsorge“ würde eine Umgehung aller demokratischen Institutionen bedeuten, denn die WHO selbst ist nicht demokratisch legitimiert. Die österreichischen BürgerInnen haben keinen Einfluss auf dieses Gremium, die gewählte Regierung würde zum ausführenden Organ degradiert.
- Aber was noch wichtiger ist: Die Unterzeichnung des Vertrags birgt für die Mitgliedsstaaten ein enormes Gefahrenpotenzial. Denn das Abkommen würde es der WHO ermöglichen, den Ländern beliebige Maßnahmen zu diktieren. Einzige Voraussetzung: Sie erklärt zuvor den globalen Notstand. Was als „globaler Notstand“ gilt, entscheidet allerdings die WHO selbst.
- **Unabhängig sieht anders aus**
- Ist die WHO nicht eine unabhängige internationale Organisation, die dem Wohl der Menschen dient? So war sie ursprünglich konzipiert. Inzwischen muss man sich fragen, ob die Weltgesundheitsorganisation immer noch ihren ursprünglichen Idealen folgt, oder eher den Wünschen ihrer Geldgeber nachkommt. Sie finanziert sich nämlich nur noch zu 20 Prozent aus den Pflichtbeiträgen der Mitgliedsländer.
- Die restlichen 80 Prozent stammen aus Spenden, zum Teil von Stiftungen und der Pharmaindustrie. Und von diesen Geldern ist wiederum ein Großteil zweckgebunden: Das heißt, die Spender

bestimmen, wofür die WHO ihr Geld ausgibt. Unabhängig sieht anders aus. Wir dürfen uns schon fragen, ob es dabei wirklich um die Gesundheit der Menschen geht, oder doch zunehmend **um Geld und Kontrolle**. Dass Letzteres zumindest eine große Rolle spielt, konnten wir schon **im Zusammenhang mit der Schweinegrippe 2009** erleben: Bis 2009 definierte die WHO auf ihrer Website **eine Pandemie noch mit „einer enormen Anzahl von Todes- und Krankheitsfällen“**.

- Als sich herausstellte, dass die Schweinegrippe höchst harmlos verlief, **verschwand dieser Passus plötzlich und es genügte, dass sich ein Erreger rasch in mindestens zwei Regionen ausbreitet, um eine Pandemie auszurufen**.

Nachforschungen des British Medical Journal und des Bureau of Investigative Journalism legten nahe, **dass die Empfehlungen der WHO damals maßgeblich durch wirtschaftliche Interessen beeinflusst waren**. Inwiefern die WHO in der aktuellen Corona-Pandemie unabhängig agiert hat oder ob wieder **wirtschaftliche Interessen an ihren folgenschweren Entscheidungen** beteiligt waren, wird noch untersucht werden müssen.

- **Es ist höchste Zeit NEIN zu sagen**
- Tritt dieses geplante Abkommen also in Kraft, könnte die WHO nicht nur aufgrund eines mäßig gefährlichen Virus eine Pandemie ausrufen und der ganzen Welt strenge Maßnahmen vorschreiben. **Sie könnte auch bei jeder beliebigen Infektionskrankheit eine Impfpflicht in allen Mitgliedsstaaten verordnen**.

- **Impfstoffhersteller (die zum Teil auch die WHO finanzieren) hätten wohl nichts dagegen.**
- Bei der ersten Sitzung des Verhandlungsgremiums am 1. März, wurden Vorgangsweise und Fristen festgelegt, um das weltweite Abkommen zur Pandemievorsorge auf Schiene zu bringen. Die zweite Sitzung soll am 1. August 2022 stattfinden. Ziel ist, das Abkommen bereits im Jahr 2024 **rechtsverbindlich zu machen**. Auch wenn die Pläne uns mit schönen Worten „verkauft“ werden sollen
- (siehe <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>):
- Es kann nicht sein, dass **eine von der Pharmabranche und privaten Geldgebern abhängige Organisation über das Wohl der Erdbevölkerung bestimmt**. Gleichzeitig macht eine solchermaßen zentralisierte Gesundheitspolitik keinen Sinn, da sie regionale und individuelle Bedürfnisse nicht berücksichtigen kann und **das landes- oder regionsspezifische Reagieren auf eine Notsituation unmöglich macht**. Schließlich verlangen andere Lebensumstände und Umweltbedingungen im Pandemiefall auch andere Maßnahmen.
- **Gesundheit braucht Freiheit und Demokratie**
- Die Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich e.V. ruft alle österreichischen Entscheidungsträger dazu auf, für die Bevölkerung, für ein demokratisches Miteinander **und für echte, nämlich die biopsychosoziale Gesundheit der Menschen einzutreten**. Biopsychosoziale Gesundheit nimmt den Menschen als Ganzes wahr, mit allen Aspekten, die zu seinem Wohlbefinden beitragen: den körperlichen, den seelischen und den sozialen. Dazu gehört die individuelle ärztliche Betreuung ebenso **wie Selbstbestimmung und persönliche Freiheit.**

- Die österreichische Bevölkerung steht derzeit vor einer zukunftssträchtigen Entscheidung: Wollen wir weltweit agierende Behörden und Interessensvertretungen über unser Leben bestimmen lassen – Organisationen, die eng mit der Pharmaindustrie verflochten sind? Oder soll uns auch bei Gesundheitsfragen unsere Verfassung weiterhin vor Übergriffen durch den Staat oder internationale Organisationen schützen?
- **Unsere Fragen an die Verantwortlichen**
- 1. Wer vertritt in dieser Angelegenheit die Interessen der österreichischen Bevölkerung?
- 2. Wie lässt sich dieser Vertrag mit der österreichischen Verfassung vereinbaren?
- 3. „Österreich tritt für die Schaffung eines Pandemievertrages ein“ (Zitat Gesundheitsministerium) – Wer genau hat das beschlossen, ohne die Bevölkerung überhaupt zu informieren, also ohne öffentlichen Diskurs?
- 4. Und wer von den gewählten österreichischen Regierungsmitgliedern ist verantwortlich für die Unterzeichnung oder Nicht-Unterzeichnung dieses Vertrages?
- Bitte senden Sie uns Ihre Antworten per E-Mail!
- **Die Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich e.V.**
- ist ein rasch wachsendes Netzwerk aus überparteilich organisierten ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen sowie Angehörigen aller Gesundheitsberufe, die die Entwicklungen in Politik und Gesellschaft schon lange mit großer Besorgnis wahrnehmen. Nicht nur aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht, sondern auch aus rein menschlicher.
- Gemeinsam wollen wir aufklären, aber auch Lösungswege aufzeigen, die uns aus der Krise und wieder zu einem gesunden Miteinander führen können. Wir sind unabhängig von jeglicher Parteipolitik und stehen für unabhängige, unbestechliche, evidenzbasierte Medizin.
- Gesundheit für Österreich e.V.
- www.gesundheit-oesterreich.at
- **Linkempfehlungen**
- Über den Vertrag zur Pandemieprävention und -vorsorge:
- WHO: www.who.int/news/item/01-12-2021-world-health-assembly-agrees-to-launch-process-to-develop-historic-global-agreement-on-pandemic-prevention-preparedness-and-response
- Europäischer Rat: www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/
- Schweinegrippe 2009:

- Die gesponserte Pandemie: www.arznei-telegramm.de/html/2010_06/1006059_01.html
 - Pandemie oder nur Geschäftemacherei?: www.deutsche-apotheker-zeitung.de/daz-az/2010/daz-24-2010/pandemie-oder-nur-geschaeftemacherei
 - WHO-Definition von Pandemien bis 2009: web.archive.org/web/20061230201645/www.who.int/csr/diseases/influenza/pandemic/en/print.html
 - Über die Abhängigkeiten der WHO:
 - ARTE-Dokumentation (2009): „Profiteure der Angst“ www.youtube.com/watch?v=B0uLDt0NHA0
 - Kontaktdaten
Bürgerservice: www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/buergerservice_rechtsauskuenfte/1.html
-

<https://tkp.at/2022/03/08/todesursache-unbekannt-staatsanwaltschaft-desinteressiert/>

Todesursache unbekannt, Staatsanwaltschaft desinteressiert

andreadreschertkp Bürgerrechte, Politik 8. März 2022 6 Minutes

Immer wieder hört man, dass nur ein Bruchteil der Impfschäden, die es gibt, auch gemeldet

wird. **Die zunehmende Übersterblichkeit in verschiedenen Ländern lässt Entsprechendes erahnen.**

Der Bericht der deutschen Betriebskrankenkasse (BKK) bestätigt diesen Verdacht. Wie kann es dazu kommen?

Von Andrea Drescher

Dass Impfschäden aus Bequemlichkeit nicht gemeldet werden – schließlich werden die Ärzte für die recht aufwändige Tätigkeit nicht honoriert – ist vielleicht noch verständlich.

Dass mögliche Impfschäden aber trotz Forderung seitens Angehöriger nach Obduktion seitens der Staatsanwaltschaft einfach ignoriert werden, ist indiskutabel.

Auch das hört man immer wieder – nur sind die wenigsten Angehörigen bereit, darüber zu sprechen. Es gibt aber auch Ausnahmen. Mit einer dieser Ausnahmen führte ich vergangene Woche ein Interview.

Können Sie sich bitte kurz vorstellen?

Mein Name ist Martin, ich bin 53 Jahre alt, lebe in Niederösterreich und bin im technischen Umfeld – Bereich Hygiene und Desinfektion – tätig. Ich bin geschieden, habe eine

Freundin und hatte einen Sohn. Er wäre am 20. Februar 2022 17 Jahre alt geworden, ist aber am 14. Februar verstorben.

Weiß seine Mutter von unserem Gespräch?

Nein, ich habe ihr gesagt, dass ich eine Anzeige machen, es aufklären lassen und damit an die Öffentlichkeit gehen will. Sein Tod war ziemlich mysteriös. Aber sie hat gemeint, wenn das so ist, sehen wir uns nicht mehr. Das hat mich ein bisschen befremdet. Aber das war kurz nach seinem Tod, ich denke, das waren die Emotionen, ich habe seitdem nicht mehr mit ihr gesprochen. Ich werde sie aber informieren.

Und wir belassen es beim Vornamen – dann bleibt sie geschützt.

Das ist für mich auch ok.

Sie sagen, er ist auf eine mysteriöse Weise gestorben. Was meinen Sie damit?

Ja. **Er hat extreme Panik gehabt vor Corona. Durch die Medien war er ganz verängstigt.** Er war schon zweimal geimpft und erwartete die dritte Impfung, weil er vor Omikron so richtig Panik hatte. **Und das, obwohl er gehört hatte, dass es Leuten, die er gekannt hat, nach der dritten Impfung schlecht gegangen ist.** Aber seine Angst war stärker. Er litt ja an Vorerkrankungen und hoffte, durch die Impfung verschont zu bleiben.

Was für Vorerkrankungen hatte er?

Nach unserer Scheidung vor 10 Jahren litt er unter dem „Broken-Heart-Syndrom“ (Das Broken-Heart-Syndrom, zu Deutsch „**Gebrochenes-Herz-Syndrom**“, ist eine plötzlich auftretende Funktionsstörung der linken Herzkammer, die in vielen Fällen durch starken Stress oder Schmerzen ausgelöst werden kann. Gezählt wird es zu den erworbenen Herzmuskelerkrankungen). Ihm ist es seitdem total schlecht gegangen. Ende 2020 bekam er – auf Wunsch der Mutter und Empfehlung seiner Ärztin sogar einen Herzschrittmacher. Er war total dagegen, er wollte das Gerät nicht, hat randaliert und es wurde ihm trotzdem eingesetzt. Am 18. März 2021 kam es zum ersten Mal zu einem Vorfall. Er brach einfach ohne Grund beim Spaziergehen mit seiner Freundin zusammen. Die Notärzte haben aber festgestellt, dass es nicht vom Herzen gewesen ist, sondern vom Gehirn ausging. Man vermutete, dass es Stress, Angst und Panik waren, die das ausgelöst hatten. Er hat sich dann im August das erste Mal und im Oktober das zweite Mal impfen lassen.

Aber warum hatte er so eine Panik vor Corona?

Er hatte mit dem achten Lebensjahr wegen seines Herzens seine erste Operation. Man ist seinen körperlichen Symptomen nie wirklich auf den Grund gegangen. Er litt als Scheidungskind unter Verlustängsten. Das Herzproblem hatte sicher auch etwas mit unserer Scheidung zu tun. Mir wurde sogar gesagt, ich sollte mich nicht bei ihm melden, damit er die Trennung besser verkraftete und nur eine Bezugsperson habe. Dann wäre er nicht so hin und her gerissen. Das war für mich eine ganz furchtbare Aussage. Ich war vor

der Scheidung die Bezugsperson Nummer eins und er hatte irgendwie seinen Vater verloren. Er war enorm ängstlich und unsicher.

Letzten Endes haben die Medien und sein Umfeld ihn beeinflusst. Um ihn herum waren alle geimpft. Er hörte immer wieder „Mit Deiner Krankheit musst Du Dich impfen lassen. Das Virus ist gefährlich und eine Corona-Erkrankung kann ganz schlimm ausgehen.“

Hinzu kommt, dass er Probleme mit seiner Therapie hatte, denn da war Grundvoraussetzung, dass man getestet ist. Er hatte während den Tests im Rachen aber regelmässig Brechreiz und den Nasentest hat er auch nicht vertragen. Er stand von allen Seiten unter Druck.

Ihr Sohn lebte bei seiner Mutter. Hatten Sie ein gutes Verhältnis zu ihm?

Ja. Wir hatten ein sehr gutes Verhältnis, haben uns fast täglich mehrere Stunden gesehen. Gerade die letzten 14 Tage vor seinem Tod war er oft vier bis sechs Stunden bei mir.

Wie verstarb er?

Die Mutter rief mich am 14. Februar um 20.15 Uhr an und fragte mich, ob ich Corona habe. Ich sagte 'nein, ich bin munter und gesund'. Sie meinte 'ja, aber der Maximilian, der muss so husten, hat so Fieberschübe, es geht ihm extrem schlecht und er übergibt sich permanent und sie weiß nicht, was sie tun soll mit ihm'. Er hatte wohl zu ihr gesagt, sie solle mich fragen, ob ich infiziert sei, da er noch am Tag vorher bei mir war. Da hätte ich auch gehustet, aber das eher mehr wie ein Räuspern. Eine Stunde später bekomme ich einen Anruf von ihr, es geht ihm extrem schlecht und ob ich vorbei kommen mag. Sie hatte schon den Notarzt und Rettung angerufen. Ich bin dann sofort zu ihr gefahren und habe gesehen, dass er nur noch geröchelt hat. Er war nicht mehr ansprechbar und ist dann in meinen Händen verstorben.

Sie gehen davon aus, dass es an der Impfung lag. Wie kommen Sie dazu?

Ich habe den Notarzt gefragt, woran er verstorben sei, ob es an seinem Herzen gelegen habe. Das hat er definitiv ausgeschlossen. „Vom Herz war das nicht“, sagte sie. „Das kam vom Kopf oder Gehirn.“ Daraufhin fragte ich ihn, ob es an der Impfung gelegen haben kann. Die Antwort war mehrdeutig, er sagte mir: ‚alles ist möglich‘. Daraufhin entschied ich, dass ich sofort eine Anzeige machen werde.

Sofort?

Ja. Ich bin sofort zur Polizei gegangen, um die Anzeige anzubringen, aber der Polizeiposten war nicht besetzt. Die haben mich eine viertel Stunde später zurückgerufen und sind dann zu mir nach Hause gekommen. Das war ein Rieseneinsatz mit drei Polizeiautos, Notarzt und Rettung, die haben anscheinend geglaubt, dass ich ihn ermordet habe. Ein Missverständnis in dieser sehr emotionalen Situation. Ich stand ja immer noch unter dem Schock seines Todes.

Wie ging es dann weiter?

Am nächsten Tag rief mich ein Polizist im Auftrag der Staatsanwaltschaft an. Ich habe ihm gesagt, dass ich unbedingt will, dass er obduziert wird, dass man sich das anschaut. Ich will der Sache auf den Grund gehen, koste es, was es wolle. Er war doch mein einziges Kind. Alles, was ich geschaffen habe in meinem Leben, war für ihn. Aber am nächsten Morgen rief mich der gleiche Polizist wieder an und teilt mir mit, **der Staatsanwalt sähe keinen Bedarf an einer Obduktion** und er sei für die Beerdigung freigegeben worden. Man wollte keine Unterschrift von mir – alles war erledigt. Seitdem habe ich nichts mehr gehört. Die Staatsanwaltschaft war, **trotz der eigenartigen Umstände, einfach nicht interessiert, die Todesursache festzustellen.**

Die Todesursache wurde also nicht geklärt?

Im Totenschein scheint erst mal gar nichts auf, nur der Todeszeitpunkt, sonst nichts. Es blieb bei dem, was der Notfallarzt gesagt hat, „unerklärliche Ursache“. Ich habe mir nur gedacht, das ist doch eine Frechheit, dass die das einfach unter den Tisch kehren. Er wurde sehr schnell eingeäschert, sodass man natürlich nichts mehr feststellen kann. Aber ich denke mir, wenn man nichts zu verbergen hat, muss man sich nicht so beeilen, mögliche Beweise für einen Impfschaden zu beseitigen.

Warum gehen Sie mit dem Tod Ihres Sohnes an die Öffentlichkeit?

Der Beweggrund ist ganz einfach. Mein Kind wird nicht mehr lebendig, **aber ich möchte einfach die Menschen darüber informieren, was da los ist.** Ich will, dass man sich die Sache anschaut. **Sollte meine Vermutung stimmen, dass vorsätzlich ein Impfstoff verbreitet wird, der Kinder gefährdet, müssen diese Personen zur Rechenschaft und zur Verantwortung gezogen werden.** Mein Kind wird nicht mehr lebendig, aber die Menschen müssen munter werden, hinschauen, **denn das, was passiert, ist das größte Verbrechen und die größte Lüge der Menschheit.**

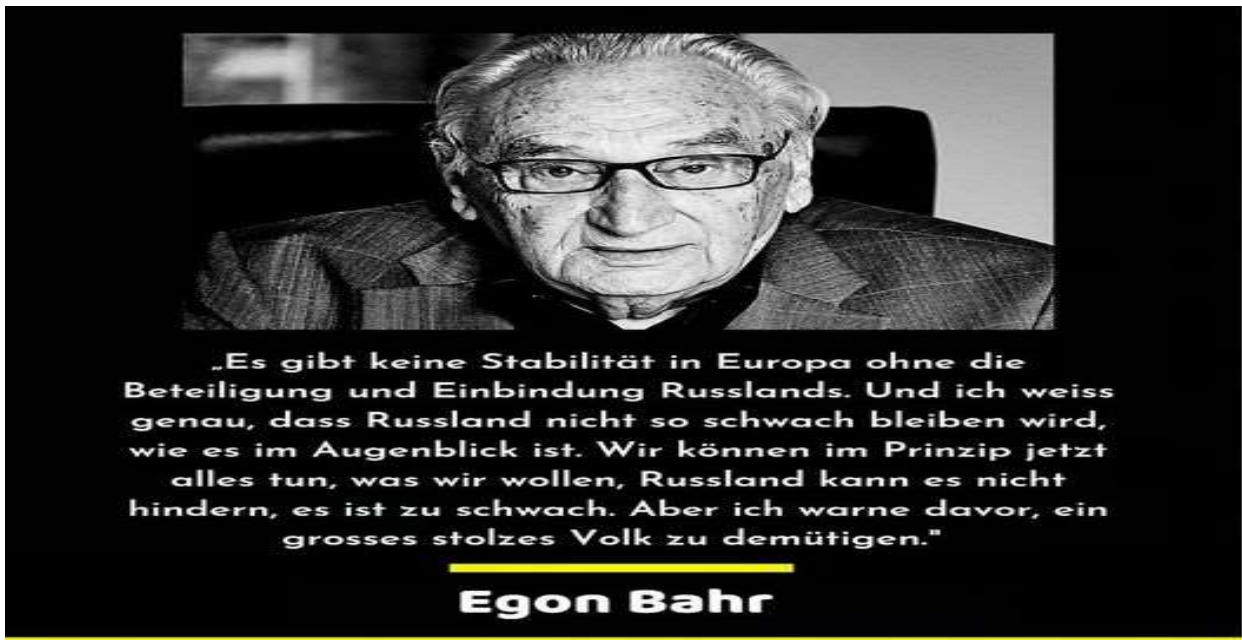
Sie wollen andere warnen?

Genau, darum geht es mir. Gerade jetzt mit dem Impfwang. Das muss man verhindern. **Es kann doch nicht sein, dass so etwas dann vertuscht wird.** Wenn man die Medien verfolgt und es immer deutlicher wird, dass da in dem Impfstoff was nicht passt, muss man die Menschen doch aufrütteln.

Wollen Sie selbst noch Anzeige erheben?

Nein, davon möchte ich Abstand nehmen, aber ich bin gerne bereit, als Zeuge auszusagen, auch bei Gericht. Ich stehe zwar als Zeuge zur Verfügung, aber gegen diesen Gegner hat man doch keine Chance. Das belastet mich psychisch alles zu sehr. Aber die Menschen müssen trotzdem davon erfahren. Darum erzähle ich es öffentlich. **Man muss die Menschen warnen, das ganze System wachrütteln und die Verantwortlichen irgendwann zur Rechenschaft ziehen.** Das wäre für mich wirklich wichtig.

Dann danke ich Ihnen ganz herzlich für Ihre Bereitschaft, Andere zu warnen.



Oskar stellt die richtigen Fragen zu enormen Impfschäden! Anstieg der Sterblichkeit It Studien! US-Soldaten extreme Erhöhung Krebs, schwere Krankheiten, ...! Viele unglährte Übersterblichkeit in GB, Ö,BRD, Israel – vielfach in ganz Europa!

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/oTGPzUrn6uhk/>

klar sehen

Danke Oskar @neuwelt

GESUNDHEITS-DIKTATUR? NEIN, DANKE

Impfpflicht? Nein - danke!

Der Nürnberger Codex muss geachtet werde

Corona-U-Ausschus!!!

Frederick (Medizinstudent und Rettungssanitäter) über **ärztliche Ethik, Genfer Gelöbnis, Deklaration von Helsinki betreffend Impfzwang!**

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/WsgLq8Lo7fi7/>



klar sehen



they want to go to war so badly, just go and get killed on your own



i wonder if this corrupt, stupid chancellor knows that 26000 sons of russia got killed on our soils for our freedom

Politiker müssen Neutralität schützen“

„Doch die Abwendung von der Neutralität bedroht nicht nur Frieden und Wohlstand, sondern ist auch verfassungswidrig. Dies hatte der 2015 verstorbene Ex-

*Justizminister Hans Klecatsky immer wieder betont. Im **Neutralitätsgesetz** erklärt Österreich „zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit“ seine „immerwährende Neutralität“ und verspricht, „in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen“ beizutreten. Bei gleich **drei Ewigkeitsbegriffen** – „dauernd“, „immerwährend“ und „in aller Zukunft“ – dürfe diese Verfassungsnorm nicht durch Politiker beseitigt oder eingeschränkt werden. **Bundespräsident und Bundesregierung sind laut Klecatsky verfassungsrechtlich verpflichtet, „die Neutralität der Republik positiv zu schützen – auch „geistig“, „zivil“, „politisch“**,*

*nach allen Seiten hin, **also auch gegenüber der EU**. **Nur ein Einziger dürfe die Neutralität antasten: das Volk in einer Volksabstimmung.***

*Julius Raab der Bundeskanzler, der uns den Staatsvertrag und **die Neutralität** bescherte, dreht sich seit dem EU-Beitritt Österreichs sicher jeden Tag im Grabe um. Fehlende Rechtstreue von Politikern, die zur Rechtstreue verpflichtet sind, in Bezug auf die Neutralität, bzw. Aushebelung und Abschaffung der Neutralität durch Politiker, ohne Einverständnis der ÖsterreicherInnen, **MUSS AUFHÖREN!** Unsere geliebte Neutralität darf nicht weiter durch amtierende Politiker mit Füßen getreten werden. **Der Staatsvertrag und die Verfassung müssen eingehalten werden!***

Herr Karl Nehammer, nachfolgend habe ich Ihnen die **Chronologie der Neutralitätsverletzungen** durch nicht rechtstreue Politiker angehängt, mit der Bemerkung, dass wir an unserem Nationalfeiertag immer noch die Neutralität feiern, die wir NICHT mehr haben. Es wird damit eine **Illusion von Neutralität** erzeugt, und die Medien zeigen ihren Nutzern die Neutralitätsverletzungen NICHT übersichtlich kritisch auf! Es findet somit meiner Ansicht nach eine Lückenberichterstattung und eine „Täuschung“ statt! Jeder der diese Chronologie sinnerfassend lesen kann, und über ein wenig Rechtserkenntnisfähigkeit bzw. über einen gesunden Hausverstand verfügt, erkennt das unsere Neutralität Schritt für Schritt von nicht rechtstreuen Politikern abgebaut wurde und **heute NICHT mehr besteht**. Oder sind Sie da etwa anderer Meinung? Seit 1958 spionieren wir für die CIA auf der verfassungswidrigen Abhörstation Königswarte! Im Kalten Krieg vor allem Russland und seitdem War on terror (2001) den arabischen und afrikanischen Raum, neben Russland und dem Schiffsfunk vom Mittelmeer. Die CIA und der BND geben vor, welchen Satelliten wir ausspionieren sollen, die Daten werden von uns nicht gespeichert, nicht decodiert

sondern per Glasfaserleitung an unsere „Partnergeheimdienste“ weitergeleitet.



„Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“

- Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs

ZIB



Chronologie fortgesetzter Neutralitätsverletzungen

Seit dem EU-Beitritt findet eine schleichende Demontage der österreichischen Neutralität statt. Der eh. Verteidigungsminister Günther Platter hat diese Politik zynisch folgendermaßen erläutert: *„Die Neutralität ist tief im Herzen der Österreicher. Man muss behutsam sein und darf das nicht herausreißen. Es ist besser, eine Operation vorzubereiten, um das vorsichtig herauszuoperieren“* (Günther Platter, als damaliger Verteidigungsminister, in: Die Presse, 5.12.2003)

Mai 1987: Industriellenvereinigung und FPÖ sind die ersten, die offensiv einen EG-Beitritt Österreichs fordern.

Juni 1989: Der Nationalrat fordert mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ die Bundesregierung in einem Entschließungsantrag auf, Beitrittsanträge an die EWG, die EGKS und zur EURATOM zu stellen.

November 1990: Die Bundesregierung erklärt einseitig die Artikel 12-16 sowie 22 Abs. 13 des Staatsvertrages für „obsolet“. Diese Artikel verbieten u. a. den Besitz und die Herstellung von Spezialwaffen (z. B. atomare, biologische, chemische Waffen, generell Massenvernichtungswaffen, Raketen etc.) und die militärische Kooperation mit Deutschland und den Ausverkauf der Verstaatlichten an ausländisches Kapital.

Jänner 1991: Anlässlich des Golfkriegs novelliert der Nationalrat das Kriegsmaterialgesetz, um den Transport von Kriegsgerät der Alliierten im Krieg gegen den Irak zu ermöglichen. Der lakonische Kommentar des damaligen Staatssekretärs im Außenministerium: „*Wir müssen uns auf die Pflichten eines EG-Mitglieds vorbereiten.*“ Unter anderem werden sog. „*humanitäre*“ Bergepanzer durch Österreich transportiert, mit denen tausende irakische Soldaten bei lebendigem Leib im Wüstensand begraben werden.

Juli 1991: In einem Avis empfiehlt die EG-Kommission die EG-Mitgliedschaft Österreichs, bezeichnet aber die Neutralität als schwieriges, wenn auch lösbares Problem. Diese „Lösungsversuche“ markieren in der Folge die schrittweise Demontage der Neutralität.

Jänner 1995: Österreich tritt der EU bei und erhält einen Beobachterstatus bei der Westeuropäischen Union (WEU), die sich an der sog. Petersberg-Erklärung vom Juni 1992 orientiert, durch die „*Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung*“ (Petersberg Aufgaben) möglich werden, also ein Freibrief für globale Militäreinsätze.

Dezember 1995: Die österreichische Regierung beschließt, sich am IFOR-Einsatz in Bosnien-Herzegowina unter NATO-Kommando zu beteiligen.

April 1997: Beschluss des Entsendegesetzes. Damit können österreichische Truppen im Rahmen jeder internationalen Organisation, d.h. nicht nur UNO oder OSZE, sondern auch **NATO** oder EU, zum Einsatz gebracht werden.

Juni 1997: Reform des Maastricht-Vertrages durch den EU-Vertrag von Amsterdam. Die Petersberg-Missionen, also globale EU-Militärinterventionen, werden Bestandteil des EU-Vertrages.

Juni 1998: Der Nationalrat ratifiziert den EU-Vertrag von Amsterdam. Gleichzeitig wird der „Kriegsermächtigungsartikel“ 23f (heute 23j) der Verfassung beschlossen.

Dieser sieht vor, dass sich Österreichs an weltweiten EU-Kriegen beteiligen kann. VP-Klubobmann Andreas Khol jubelt: „*Damit wird die Neutralität für den Bereich der EU außer Kraft gesetzt*“.

März 1999: Bundeskanzler Klima stimmt im EU-Rat für die Unterstützung des NATO-Angriffskrieges auf Jugoslawien.

Juni 1999: Einsatz österreichischer SoldatInnen im Kosovo unter (deutschem) NATO-Kommando

Dezember 1999: Der EU-Gipfel in Helsinki beschließt die Aufstellung einer EU-Interventionsstreitmacht bis 2003 („Headline-goal 2003“). Stärke: 60.000 Mann, Aktionsradius: 4.000 Kilometer um die EU, Einsatzdauer bis zu einem Jahr. Verteidigungsminister Fasslabend erklärt, dass sich Österreich mit 2.500 Mann beteiligen wird.

Mai 2001: Weitere Novelle des Kriegsmaterialgesetzes: Die Ein-, Aus- und Durchführung von Kriegsmaterial ist jetzt auch unabhängig von einem UNO-Sicherheitsratsmandat möglich. Gleichzeitig beschließt der Nationalrat ein Truppenaufenthaltsgesetz, um den „**Aufenthalt ausländischer Truppen auf österreichischem Hoheitsgebiet**“ – auch unabhängig von einem UNO-Sicherheitsratsmandat und ohne zeitliche Beschränkung – zu ermöglichen.

November 2001: Der Nationalrat beschließt mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ, ÖVP und Grünen die Ratifizierung des EU-Vertrages von Nizza. Dieser übernimmt wesentliche Inhalte des **Militärpaktes „Westeuropäische Union“** (WEU) in das Grundlagenrecht der EU, die damit selbst zu einem Militärpakt wird.

Jänner 2002: Nachdem beim EU-Gipfel in Laeken Ende 2001 der Startschuss für das EU-Teilnahme am Afghanistankrieg gegeben wurde, beschließt der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ, ÖVP und Grünen die **Entsendung österreichischer SoldatInnen unter deutschem Kommando in den Afghanistankrieg.**

Dezember 2003: Der Europäische Rat beschließt die „**Europäische Sicherheitsstrategie**“ (ESS), die betont, dass bei zukünftigen EU-Kriegen „die Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen wird“. Ziel der EU müsse es sein, in den Staaten rund um die EU für „verantwortungsvolles Regieren“ zu sorgen. Als Vorbild, wie „verantwortungsvolles Regieren“ durchgesetzt werden soll, hebt die ESS die Interventionen in Jugoslawien und Afghanistan hervor.

Juni 2004: Der Europäische Rat beschließt das „Headline Goal 2010“. Dessen Ziel: Gründung einer EU-Rüstungsagentur, der **EU-Battlegroups**, neue Transportfähigkeiten, Integration der Boden-, Luft- und Seestreitkräfte durch die Militarisierung des Weltraums. Noch im selben Jahr wird die EU-Rüstungsagentur gegründet, an der sich auch Österreich beteiligt.



Dezember 2004: Im Nationalen Sicherheitsrat beschließen SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen eine gemeinsame Empfehlung, sich an den **EU-Battlegroups** zu beteiligen.

Mai 2006: Österreichische SoldatInnen beteiligen sich an der **EUFOR RD Congo**. Die EU-Truppe sichert die Wahl Joseph Kabilas zum Präsidenten der DR Kongo ab, der sich ausländischen Konzerninteressen gegenüber besonders aufgeschlossen zeigt.

Mai 2007: Ankauf von 15 Eurofightern. Hintergrund für das teuerste Rüstungsgeschäft der 2. Republik: Im bereits vorliegenden Entwurf für einen neuen EU-Grundlagenvertrag können nur jene EU-Staaten in einem militärischen Kerneuropa Einlass finden, die sich an allen **großen EU-Rüstungsprogrammen** beteiligen. Und der Eurofighter ist das bislang größte EU-Rüstungsprojekt.

März 2008: Start der **EU-Militärmission im Tschad** unter französischer Führung und mit starker österreichischer Beteiligung. Die Mission sichert den Machterhalt des

Autokraten Idriss Déby ab, der mit Frankreich eng verbündet ist. Österreichische Truppen sind an Gefechten aktiv beteiligt.

April 2008: Der österreichische Nationalrat segnet den **EU-Lissabon-Vertrag** ab. Dieser beinhaltet eine **permanente Aufrüstungsverpflichtung** für alle EU-Staaten, die Ermächtigung des EU-Rates für globale **Kriegseinsätze (auch ohne UN-Mandat)**, weitreichende militärische Beistandsverpflichtungen sowie die Installierung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes, unter dessen Dach alle diplomatischen und **militärischen Instrumente der EU-Außenpolitik** zusammengeschnürt werden.

Dezember 2008: Der EU-Gipfel beschließt, Rüstungskapazitäten aufzubauen, mit denen es künftig möglich sein soll, bis zu 19 Einsätze im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ gleichzeitig (!) durchführen zu können – darunter „je zwei hochintensive Kampfoperationen“ und zwei „Stabilisierungsmissionen“ (d.h. Besatzungsmissionen wie in Afghanistan).

Mai 2009: Deutsche und österreichische Truppen trainieren im Rahmen des EU-Militärmanövers „European Endeavour“ den Einmarsch einer 40.000 Mann/Frau starken EU-Streitmacht in einem Land in 5.000 Kilometer Entfernung. Damit wird die volle Einsatzbereitschaft des in Ulm stationierten „Kommandos Operative Führung“ als von Deutschland für EU-Militäreinsätze bereitgestelltes Hauptquartier getestet.

Österreichische SoldatInnen sind seither fix in die Kommandostruktur der deutschen Bundeswehr eingebunden.

Dezember 2009: Österreich übernimmt das Kommando von EUFOR Althea, der EU-Mission in Bosnien, die den Kolonialstatus des Landes unter einem von der EU bestellten „Hohen Repräsentanten“ militärisch absichert.

Jänner 2011: Ab 1.1.2011 stehen zum ersten Mal österreichische SoldatInnen im Rahmen der EU-Battlegroups ein halbes Jahr „Gewehr bei Fuß“ für EU-Militäreinsätze.

März 2011: Beginn des Kriegs gegen Libyen – forciert von Frankreich, Großbritannien und USA, unterstützt vom EU-Rat. Österreich unterstützt den Krieg unter anderem durch die Durchfuhrgenehmigung für NATO-Kriegsgerät. Der Ende Krieg führt schließlich zur völligen Zerrüttung des Landes und zum Ausbruch des Bürgerkriegs im westafrikanischen Mali.

April 2011: Der österreichische Nationalrat gibt grünes Licht für die Entsendung österreichischer SoldatInnen im Rahmen der EU-Battlegroups in den Libyen-Krieg. Nur der vehemente Widerstand der UNO verhindert diesen Kriegseinsatz.

Juli 2012: Im 2. Halbjahr 2012 sind österreichische Truppen zum zweiten Mal für Kriegseinsätze im Rahmen der EU-Battlegroups einsatzbereit.

März 2013: Österreich beteiligt sich an der EUTM, der EU-Mission in Mali zum Training des dortigen Militärs für den Bürgerkrieg. Hintergrund des EU-Interesses: Die großen Rohstoffreichtümer Malis bzw. die Uranabbaustätten im benachbarten Niger.

Juli 2013: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ wird die neue „Österreichische Sicherheitsstrategie“ beschlossen, die die Teilnahme Österreichs an der EU-Sicherheits- und Militärpolitik *„in allen ihren Dimensionen“* vorsieht.

Dezember 2013: Der „EU-Rüstungsgipfel“ beschließt eine Reihe neuer Rüstungsprogramme, insbesondere im Bereich Killerdrohnen, Luftbetankung und Cyberkommunikation. Die Forschungseinrichtungen der EU-Staaten sollen verstärkt in die Rüstungswirtschaft eingebunden werden. Auch österreichische Unis und Unternehmen sind immer stärker an EU-Rüstungs- und Überwachungsprojekten beteiligt.

Februar 2014: In der Ukraine wird mit Hilfe von rechtsextremen Milizen eine prowestliche Regierung an die Macht geputscht. Über den EU-Auswärtigen Dienst waren die Kontakte zu rechtsextremen Kräften bereits lange zuvor eingefädelt worden. Auch in Folge schwört der EU-Auswärtige Dienst alle EU-Staaten auf die Unterstützung des neuen Putschregimes in Kiew und die Konfrontation mit Russland ein. Die österreichische Regierung trägt diese mit der Neutralität völlig unvereinbare Politik in jeder Hinsicht mit.

Juni 2014: Der EU-Rat beschließt die Konkretisierung der bereits im EU-Lissabon-Vertrag verankerten „Solidaritätsklausel“. Damit wird die Tür für Interventionen von Polizei- und Militäreinheiten im Inneren der EU geöffnet. Auch soziale Proteste, durch die *„schwerwiegende Auswirkungen auf Vermögenswerte drohen“*, können eine militärische Beistandsverpflichtung auslösen.

Dezember 2014: Entsendung einer EU-Polizeimission in die Ukraine. Diese soll dort u.a. die Nationalgarde und Spezialbataillone ausbilden, die im Bürgerkrieg in der Ostukraine eingesetzt werden. Auch Österreich beteiligt sich an dieser Mission.

März 2015: Österreichische SoldatInnen werden im Rahmen einer EU-Militärmission in die **Zentralafrikanische Republik** entsandt.

Mai 2015: Der EU-Rat beschließt den Einsatz von Militär zur Bekämpfung von Schiffen, mit denen Flüchtlinge das Mittelmeer überqueren wollen. Vorgesehen ist auch der Einsatz in libyschen Hoheitsgewässern und auf libyschem Territorium. Außen- und Verteidigungsministerium erklären, dass sich auch österreichische Militärs daran beteiligen könnten.

Nov 2017: U-SSZ: Putsch gegen Neutralität und Verfassung

Am 13. November unterschrieben die Vertreter von 23 EU-Staaten, darunter der österreichische Außenminister, die Teilnahmebedingungen für die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ bzw. Pesco) – dh. dem „militärischen Kerneuropa“. Die Unterschrift von Außenminister Kurz in Brüssel stellt einen Putsch gegen die österreichische Verfassung und Neutralität dar.

Diese „**Ständige Strukturierte Zusammenarbeit**“ (SSZ) – oder „Permanent Structured Cooperation“ (Pesco) – begründet ein „militärisches Kerneuropa“, in dem sich jene zusammenfinden, die

- 1) besonders ambitioniert aufrüsten wollen** („anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen“, Art. 42, Abs 6, EU-Vertrag). So etwa verpflichten sich die SSZ-Mitglieder „zu einem regelmäßigen Anstieg ihrer Verteidigungsbudgets“ (www.orf.at, 13.11.2017).

- 2) die bereit sind, ihre SoldatInnen in globale EU-Kriege zu schicken** („Missionen mit höchsten Anforderungen“, Art. 42, Abs 6, EU-Vertrag). So verpflichten sich die SSZ „wesentliche Unterstützung“ in Form von Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“ (Die Zeit, 13.11.2017).

Wohin die Reise geht, hat die deutsche Verteidigungsministerin van der Leyen bei Unterzeichnung der SSZ am 13.11. offen ausgesprochen: die SSZ sei „ein weiterer Schritt in Richtung der Armee der Europäer“ (ORF-Abendjournal, 13.11.2017) – also einer Armee unter zentralem Brüsseler Kommando für eine EU-Großmachtspolitik, wie sie im Jahr 2016 mit der „EU-Globalstrategie“ von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen und in verschiedenen Strategiedokumenten festgehalten wurde: eine Armee zur Durchsetzung geopolitischer EU-Vorherrschaft in einer „Grand Area“, die vom Nordpol bis zu großen Teilen Afrikas, vom Nahen und Mittleren Osten bis zu den Küstenregionen Südost-Asiens reicht; eine Armee, um neoliberale EU-Freihandelsregime und den Zugang zu Rohstoffen und Märkten zu erzwingen.

SSZ ist das glatte Gegenteil der Neutralität

Außenminister Kurz beruft sich bei der Unterzeichnung der SSZ-Bedingungen auf einen Ministerratsbeschluss der SP/VP-Regierung im September 2017. Sagen wir es in aller Deutlichkeit: **Das ist ein Putsch gegen die österreichische Verfassung,**

gegen das österreichische Neutralitätsgesetz! Denn Neutralität ist die Verpflichtung an keinen Kriegen teilzunehmen; Neutralität ist die Verpflichtung, schon in Friedenszeiten alles zu unternehmen, um nicht in kriegerische Konflikte hineingezogen zu werden; Neutralität ist die Verpflichtung, sich **nicht** einem fremden Kommando und einer Großmachtpolitik unterzuordnen. Die SSZ ist das glatte Gegenteil der Neutralität und einer aktiven Friedenspolitik: Sie ist die Vorbereitung auf globale Kriegseinsätze, sie ist die immer engere Einbindung Österreichs in die aggressive Außen- und Militärpolitik europäischer Großmächte und sie ist der nächste Schritt in Richtung Unterordnung unter fremde Kommanden.

Dieser Putsch gegen die österreichische Verfassung fällt freilich nicht vom Himmel. Seit dem EU-Beitritt arbeiten die Machteliten daran, die Neutralität scheinbarweise zu entsorgen.



„Neutralität herausoperieren“

Dass Außenminister Kurz, ebenso wie davor Verteidigungsminister Doskozil, die Teilnahme an der SSZ für vereinbar mit der Neutralität erklären, zeigt nicht nur, dass sie **dreiste Lügner** sind. Es zeigt auch, dass sie wissen, dass die Neutralität nach wie vor tief in der österreichischen Bevölkerung verankert ist. Viele Menschen wissen oder ahnen zumindest, dass die Neutralität ein Schutz vor der militärischen Abenteuerlust der eigenen Eliten ist, die immer wieder ins Verderben geführt haben. Schon der frühere Verteidigungsminister Platter riet daher der Regierung: „Die Neutralität ist tief im Herzen der Österreicher. Man muss behutsam sein und darf das

nicht herausreißen. Es ist besser, eine Operation vorzubereiten, um das vorsichtig herauszuoperieren“ (Die Presse, 5.12.2003)

Dass die [FPÖ-Führung](#) diesen Anschlag auf die Neutralität mitträgt, belegt einmal mehr, worauf die Solidarwerkstatt nicht müde wird hinzuweisen: Diese rechtsaußen-Partei war und ist zutiefst österreich- und neutralitätsfeindlich. Sie gehört zu den aggressivsten Verfechtern der EU-Militarisierung und einer europäischen Großmachtpolitik unter [deutscher Vorherrschaft](#). HC Strache schwärmte im Frühjahr 2017 bereits von einer [„EU-Armee inklusive Atomwaffen“](#).

Neutralität von unten verteidigen!

Die Neutralität steht nicht nur in Verfassungsrang, sie ist ein Bauelement der österreichischen Verfassung. Die einzigen, die über eine mögliche Abschaffung der österreichischen Neutralität entscheiden können, ist die österreichische Bevölkerung in einer Volksabstimmung. Außenminister Kurz hat zwar die Macht, die Teilnahmebedingungen an der SSZ zu unterzeichnen, dieser Unterschrift fehlt aber jegliche Legalität und Legitimität.

Wir müssen die österreichische Verfassung und Neutralität von unten gegen die zunehmende Willkür der eigenen Machteliten verteidigen.

Was bei der **obigen Aufzählung noch fehlt?**

- Nicht neutrale **Waffenlieferungen** in Krisengebiete und an illegal kriegsführende Nationen!
 - Unsere Universitäten **forschen für fremde Rüstungsunternehmen** und haben keine Zivilklausel!
 - Die **Abhörstation Königswarte!** Siehe hier ein Artikel vom Standard über den jahrelangen Verfassungsbruch durch die Abhörstation Königswarte: <https://www.derstandard.at/story/2000046460106/nsa-lauschstation-koenigswarte-jahrzehntelanger-bruch-der-neutralitaet>
-

Weitere Fragen/Punkte zur „immerwährenden Neutralität Österreichs“ wären:

1. Wenn Österreich als EU-Mitglied eine gemeinsame EU-Sicherheits- und Außenpolitik betreibt, wie neutral ist man dann noch? (EU-Sanktionen Russland, etc.)
2. z. B.: Da die EU und damit auch das angeblich immerwährende neutrale Österreich, wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland in Friedenszeiten verhängte, kann Österreich im Kriegsfall nicht behaupten, eine Kriegspartei (US-NATO, oder nur US, ...) nicht bevorteilt UND unterstützt zu haben, somit könnte Österreich im Krieg als potenzieller Gegner von Russland präventiv angegriffen werden, was ich aber nicht annehme.

3. Wenn Österreich eine „Partnerschaft für den Frieden“ mit einem militärischen Bündnis der NATO eingeht, wie neutral erscheint man dann überhaupt noch, vor Allem, da das NATO-Verteidigungsbündnis zu einem NATO-Angriffsverbund außerhalb des NATO-Gebietes mutierte (eine NATO-Verteidigung in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Kosovo, ... ist nicht möglich!) und bereits öfters völkerrechtswidrig bombardierte.

4. Wenn Österreich alljährlich Tausende Male NATO-Mitgliedern gestattet, bzw. unterstützt, Militärpersonal, Waffen und Munition durch Österreich zu transportieren, sind das keine neutralen Handlungen. (siehe Bericht unten)



5. Wenn auf unseren österreichischen Truppenübungsplätzen gemeinsame Militärübungen (US-Truppen & Österreichisches BH, z. B. Truppenübungsplatz Lizum/Tirol) abgehalten werden, verhält man sich im Friedensfall gegenüber kriegsführenden Staaten (z. B. Amerika) doch nicht neutral, sondern partnerschaftlich sogar militärpartnerschaftlich!

6. Wenn auf österreichischem Staatsgebiet, geschützt und bewacht durch die österreichische Exekutive und das österreichische Militär, bereits mehrmals das Bilderbergertreffen stattfand, das für hochrangige NATO-Vertreter (auch für internationalen Finanzmarkt und Konzernvertreter) eine Lobbyplattform gegenüber den gewichtigen europäischen Personen der europäischen (NATO-) Staaten darstellt, unterstützt man die Führung und das Vorantreiben von militärischen Agenden eines militärischen Bündnisses, wenn am Bilderbergertreffen hochrangige Militärs referieren und für NATO-Ziele werben.

7. Wenn österreichische Firmen Waffen aller Art (Panzer, Haubitzen, Sturmgewehre, Drohnen, gepanzerte Fahrzeuge, Pistolen, Legierungen, ...) an viele NATO-Partner

und die halbe Welt verkaufen, unterstützt man doch auch Kriegsparteien als Handelspartner.

8. Wenn Österreich es ausländischen Geheimdiensten (CIA) erlaubt, z. B. auf der Königswarte eine Abhörstation für Osteuropa, den Nahen Osten und Afrika einzurichten und wir diese für sie betreiben, ist das mit Neutralität doch nicht zu vereinbaren, da man einer Kriegspartei hilft.

9. Wenn Österreich es einem ausländischen Geheimdienst, wie der CIA, erlaubt, neben der UNO Quartier zu beziehen, damit der CIA seine Geheimdienstarbeit im Geheimen und in aller Nähe machen kann, finde ich das neutralitätsfraglich.

10. Wenn Österreich eine rege Zusammenarbeit und Austausch von Daten und Informationen mit mehreren ausländischen Geheimdiensten betreibt, also auch Partnerschaften mit kriegsführenden Staaten unterhält (z. B. mit dem US-Kriegsimperium, das illegale Angriffskriege mit und durch Lügen und Gewalt initiiert, also Destabilisierungskönig, Regime Changes-Meister, False-Flag-Koordinator, Foltergefängnisbetreiber, Drohnenmordunternehmen, etc. ist) wurde ebenfalls eine Partnerschaft mit einer nicht neutralen Angriffsnation eingegangen.

11. Wenn über dem österreichischen Lufthoheitsraum zahlreiche NATO-Militärmaschinen (Deutschland aber auch die Schweiz) fliegen dürfen, hilft man in Friedenszeiten als neutraler Staat doch auch einem Militärbündnis!

12. Eigentlich sind alle wirtschaftlichen Beziehungen zu kriegsführenden Staaten gegen die Neutralität! Also dürften immerwährende neutrale Staaten keine wirtschaftlichen Beziehungen mit Amerika haben, da sie ständig Kriege außerhalb von Amerika führen!

13. Wenn an österreichischen Universitäten für ausländische Rüstungsunternehmen geforscht und entwickelt wird und keine „Zivilklausel“ besteht unterstützt das nicht die immerwährende Neutralität!

14. Wenn Österreich bei den EU-battle groups (Schlachtruppen unter deutschem Befehl?!) mitmacht, ist das alles Andere als neutrales Verhalten in Friedenszeiten.

Hier noch weitere Gesetzesstellen die unsere Neutralität „aushebelten“.
(Truppenaufenthaltsgesetz – 2001)

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20001369>

(Bundesgesetz zur Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial – 1977)
https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1977_540_0/1977_540_0.pdf

Natürlich sind auch die EU-Beitrittsverträge und weitere EU-Verträge, sowie die Vereinbarungen zum NATO „**Partnership for Peace**“ und alle geheimen Geheimdienst- und Abhör-Abkommen zwischen Österreich und Amerika u. a. Staaten nicht neutralitätsdienlich bzw. neutralitätskonform.

Forschen für den Krieg? – Hochschulen für den Frieden! Ja zur Zivilklausel! Nein zur Kriegsforschung! www.solidarwerkstatt.at

Was oben noch fehlt? Unsere Waffenlieferungen! Die verfassungswidrige Abhörstation Königswarte, wo das Heeresnachrichtenamt als würdelose willfährige US-Vasall-Spione sich AKTIV am illegalen Drohnenmordprogramm beteiligen. Staatsterror, Regierungskriminalität, Unmenschlichkeit, ...



Ich hoffe die an den Tag gelegte **Scheinheiligkeit in Sachen Neutralität** findet ein Ende wie auch unsere **aktive Beteiligung am außegerichtlichen US-Drohnenmordprogramm** die seit **1958 unsere Neutralität jeden TAG aushebelte** und ersuche dazu eindringlich

rechtsstaatliche/staatliche/demokratische/juristische Missstände zu beheben, bzw. diese beheben zu lassen





Über 30.000 Polizisten haben KEINE Wahrnehmung über die aktive Beteiligung am außergerichtlichen US-Drohnenmordprogramm? #Abhörstation Königswarte!

KLARE ANTWORTEN UM WAS ES PUTIN IN DER UKRAINE GEHT - AUF FRAGEN IM CNN INTERVIEW VOR NICHT LANGER ZEIT - (SIEHE MASKEN)

SIEHE HIER: [HTTPS://WWW.BITCHUTE.COM/VIDEO/8PZEX2DEYTT0/](https://www.bitchute.com/video/8PZEX2DEYTT0/)



NÄHERE INFOS ÜBER DAS **LUGAR-US-BIOTECH-LABOR – LABOR DES TODES** - IN GEORGIEN - MARKMOBIL

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/0rxKHUmjFKhN/>



DIE USA HAT MEHR ALS 200 MILITÄRISCHE BIOTECH-LABORE (FÜR BIOWAFFEN) WELTWEIT, CA. **15 IN DER UKRAINE**

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/5vUW4k0JtFtC/>



<https://uncutnews.ch/das-pentagon-will-nicht-dass-sie-diese-dokumente-ueber-biolabore-in-der-ukraine-sehen/?fbclid=IwAR3YSgBF2j7IJt5qusWqr4SInXHMVBvS4D5sIpleFLRqS905yNfdUaefTda>



Verteidigungsminister Lloyd J. Austin (U.S. Secretary of Defense/Air Force Staff Sgt. Julian Kemper CC BY 2.0)

Das Pentagon will nicht, dass Sie diese Dokumente über Biolabore in der Ukraine sehen

- uncut-news.ch, Februar 27, 2022, Ukraine, USA/DAS IMPERIUM

Die amerikanische Botschaft in der Ukraine hat am Samstag alle Dokumente über vom Pentagon finanzierte Biolabors in der Ukraine von ihrer Website entfernt. Das schreibt die Enthüllungsjournalistin Dilyana Gaytanzhieva in den sozialen Medien.

Das Botschaftspersonal vergaß, ein Dokument zu entfernen, aus dem hervorgeht, dass das Pentagon zwei neue Biolabore in Kiew und Odessa finanziert.

Die Ukraine hat keine Kontrolle über die militärischen Biolabore. Der ukrainischen Regierung ist es nicht gestattet, sensible Informationen über das Programm zu veröffentlichen.

Eines der Labors befindet sich in Charkow, der zweitgrößten Stadt der Ukraine. Im Januar 2016 starben dort innerhalb von zwei Tagen mindestens 20 ukrainische Soldaten an einem grippeähnlichen Virus. Weitere 200 Soldaten wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Die ukrainische Regierung machte keine Angaben zu den verstorbenen Soldaten.

Hepatitis A brach 2018 unter verdächtigen Umständen im Südosten der Ukraine aus, wo sich auch eine Reihe von Biolaboren befinden. Im Januar 2018 wurden in der Stadt Mykolajiv 37 Menschen mit Hepatitis A ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. In der gleichen Stadt infizierten sich 2015 mehr als 100 Menschen mit Cholera.



Foto:

Dilyana.bg

Im Sommer 2017 wurden in der Stadt Zaporizhzhya 60 Menschen mit Hepatitis A ins Krankenhaus eingeliefert. Im Juni 2017 kamen 19 Kinder aus einem Waisenhaus wegen Hepatitis A ins Krankenhaus. Im November desselben Jahres wurden auch in Charkow Fälle von Hepatitis A gemeldet.

Die Vereinigten Staaten und die Ukraine haben gemeinsam das Wissenschafts- und Technologiezentrum in der Ukraine (STCU) gegründet. In den letzten 20 Jahren hat der STCU über 285 Millionen Dollar in rund 1850 Projekte investiert, die von Wissenschaftlern durchgeführt wurden, die zuvor an der

Entwicklung von Massenvernichtungswaffen gearbeitet haben, wie der investigative Journalist herausfand.

Die Dokumente sind auch **auf der Website** hier verfügbar.

Die US-Botschaft in der Ukraine hat gerade alle Dokumente über 11 vom Pentagon finanzierte Biolabore in der Ukraine von ihrer Website gelöscht. Ich habe alle diese Dokumente (die jetzt von der Botschaft gelöscht wurden) hier und in dem folgenden Thread veröffentlicht

2. Tweet: Dies sind die Dokumente, von denen die US-Botschaft nicht möchte, dass Sie sie sehen:

*Sie haben jedoch vergessen, dieses Dokument aus dem Register der US-Bundesverträge zu löschen, aus dem hervorgeht, dass **das Pentagon zwei neue Biolabore in Kiew und Odessa** finanziert <https://t.co/bcSGTvuFBq> [pic.twitter.com/p5OzRvI9yx](https://t.co/p5OzRvI9yx)*

Dilyana Gaytandzhieva (@dgaytandzhieva) February 26, 2022

Alle Dokumente und Verweise wurden zwischenzeitlich auf **dieser Webseite** gesichert.

https://www.wochenblick.at/brisant/ukraine-betreibt-geheime-us-finanzierte-biolabore/?fbclid=IwAR0fr1UZepAioziSeyeRPs-Tbi9pLZg6lBj8itRJ8F2H_CFa5bG4rw3411U

- [Allgemein](#), [Brisant](#), [Welt](#)

Dokumente sollen langen Verdacht beweisen

Russland: Ukraine betreibt geheime US-finanzierte Bio-Waffen-Labore



- 7. März 2022
 - Russland deckt auf
 - Beweise für geheime Bio-Labore in Ukraine
 - Von den USA finanziert
 - Panik bei russischem Einmarsch
 - Versuch der Vernichtung tödlicher Erreger
 - a. Pest, Milzbrand, Cholera
 - Verteidigungsministerium hat Dokumente
 - Teilweise veröffentlicht
 - Analyse folgt bald
 - USA: Öffentlichkeit darf nichts erfahren
 - Russische Hinweise schon im Vorjahr
 - Wieder eine Verschwörungstheorie wahr

Das russische Verteidigungsministerium ist nach eigenen Angaben im Besitz von Dokumenten, die den Betrieb geheimer Biolabore in der Ukraine beweisen. Aus den Dokumenten geht hervor, dass nach Beginn der russischen Intervention in der Ukraine gefährliche Krankheitserreger vernichtet worden sein sollen. Das Ministerium hat Dokumente von Mitarbeitern der Labore erhalten, die beweisen, dass in der Ukraine in unmittelbarer Nähe zu Russland, Komponenten für biologische Waffen entwickelt wurden.

Pest, Milzbrand, Cholera und seltene Zoonose

Die Nachrichtenagentur „[RIA-Nowosti](#)“ zitiert Generalmajor Igor Konaschenkow, offizieller Pressesprecher des Ministeriums: **Im Zuge der besonderen Militäroperation seien Beweise dafür gefunden worden, wonach das Kiewer Regime die Spuren des vom US-Verteidigungsministerium finanzierten militärisch-biologischen Programms in der Ukraine in überstürzter Weise vernichtet haben. Es habe sich um gefährliche Krankheitserreger – Pest, Milzbrand, Tularämie (seltene Zoonose), Cholera und anderer tödlicher Krankheiten gehandelt, so Konaschenkow. Einen Teil der Dokumente hat das Ministerium am Sonntag auf seiner Internetseite und auf diversen sozialen Medien veröffentlicht.** Die Ergebnisse der Analyse der Dokumente werden in Kürze vorgelegt..

US-Panik wegen Russland-Einmarsch

Laut Konaschenkow hatte das US-Verteidigungsministerium nach Beginn der russischen Sonderoperation „ernsthafte Bedenken“, **dass die Öffentlichkeit von den geheimen biologischen Experimenten in der Ukraine erfahren könnte. Um den Verstoß Washingtons und Kiews gegen Artikel 1 des UNO-Übereinkommens über das Verbot bakteriologischer (biologischer) sowie von Toxin-Waffen zu vertuschen,** hat das ukrainische Gesundheitsministerium eine Anweisung an alle Bio-Labore verschickt, die Bestände an gefährlichen Krankheitserregern dringend zu beseitigen. Auch diese Anweisung ist nun im Besitz der russischen Behörden. Schon Ende Februar gab es Gerüchte, dass Russlands Präsident Wladimir Putin u.a. deshalb eine Intervention in der Ukraine plante, weil dort zunehmende Aktivitäten von Geheimlaboren zur Herstellung chemischer und biologischer Waffen festgestellt wurden.

US-Botschaft sperrt Dokumente auf Webseite

Tatsächlich informiert die **Botschaft der USA in der Ukraine auf ihrer Webseite** über ein seit 2016 vom US-Verteidigungsministerium betriebenes Forschungsprogramm auf ukrainischem Territorium, das der Reduzierung biologischer Bedrohungen dienen soll. Neben den Informationen zum US-Bioforschungsprogramm war es bis Ende Februar möglich, von der Website der US-Botschaft in der Ukraine Informationsdokumente zu den einzelnen ukrainischen US-Laboratorien des gemeinsam betriebenen Forschungsprojekts herunterzuladen. **Dieser Zugriff wurde inzwischen gesperrt. War es am Morgen des 26. Februar noch möglich, dort genauere Informationen zu den Laboratorien zu erhalten, so war das am Abend desselben Tages nicht mehr möglich.** Über die Gründe der Sperrung äußerte sich die US-Botschaft in der Ukraine nicht.

Russische Hinweise schon im Vorjahr

Spekulationen, wonach die USA biologische und chemische Waffen in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen Russlands, insbesondere in der Ukraine, herstellen sollen, gehen auf bereits im vergangenen Jahr erhobene Anschuldigungen Nikolai Patruschews, Sekretär des russischen Sicherheitsrates, zurück, der behauptet hatte, **die USA würden vor allem an den Grenzen zu Russland und China biologische Labore betreiben**. Patruschew antwortete in einem Interview mit der russischen Zeitung „Kommersant“, das auch in „Newsweek“ erschien, auf die **Frage, ob China die Corona-Virus-Pandemie absichtlich verursacht** habe: **“Ich schlage vor, dass Sie sich ansehen, wie immer mehr Bio-Labore unter US-Kontrolle in der Welt entstehen, und zwar zufälligerweise vor allem an den Grenzen Russlands und Chinas.”**

<https://www.freiewelt.net/nachricht/gibt-es-us-bio-waffen-labore-in-der-ukraine-10088311/?fbclid=IwAR1iOzmqrEvlUaA4e42l2Jxv-XbhU7-b3xIMKYKIJah2iWlxOF971Y3> Lew

Fake News, Propaganda oder einer der Kriegsgründe?

Gibt es US-Bio-Waffen-Labore in der Ukraine?

Russische Medien und Internet-Berichte haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es US-Bio-Waffen-Labore à la Wuhan in der Ukraine geben soll. Die US-Medien und deutsche Medien dementieren dies heftig.



Symbolbild. Foto:

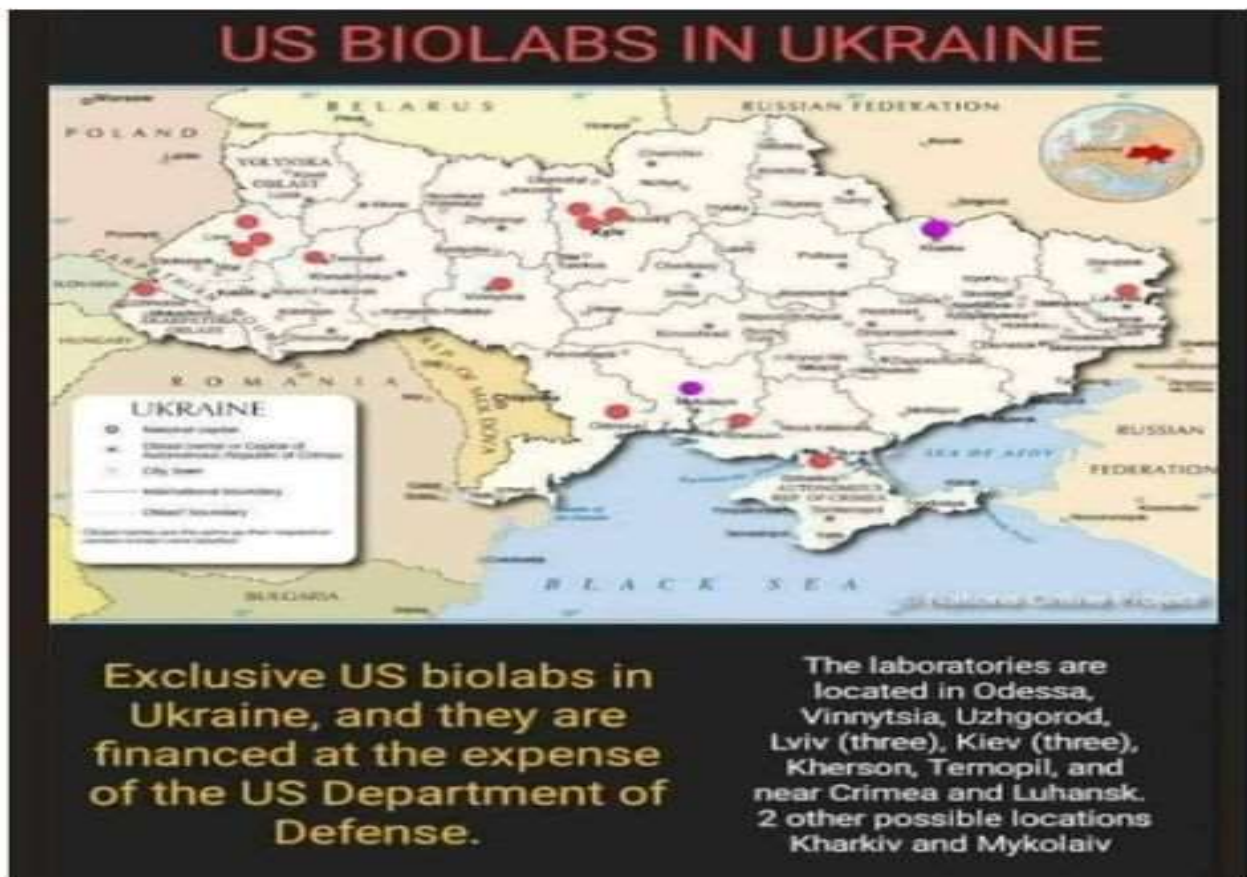
Pixabay Veröffentlicht: 04.03.2022 - 10:48 Uhr
von [Redaktion](#)

War dies einer der vielen Gründe für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine?: Für Verunsicherung sorgen die zahlreichen Berichte **über mehrere US-Biowaffen-Labore in der Ukraine**. Im Netz kursieren viele Berichte dazu, zum Beispiel die Recherchen der bulgarischen Journalistin Dilyana Gaytandzhieva, **die eine eigene Nachrichten-Website hat**. Siehe dazu auch den Bericht bei **»Uncut News«**

Das Problem ist, dass es viele Fotos und Videos sich nicht verifizieren lassen. Aus den USA und aus Deutschland gibt es zahlreiche Berichte, die solche Nachrichten als russische »Fake News« darstellen, wie beispielsweise die Stellungnahme von US-Wissenschaftlern im **»Bulletin of the Atomic Scientists«** oder die Berichte dazu bei der **»Tagesschau«**. Alle möglichen Faktencheck-Seiten sammeln Belege, warum sich die Behauptungen zu den Bio-Waffen-Laboren vermutlich nicht halten lassen **[siehe Bericht »Wissenschaft X«]**.

Was aber auch im Westen und seitens der USA nicht bestritten wird: Die Ukraine hat wie fast alle modernen Industriestaaten auch Bio-Labore, wo Krankheiten erforscht werden. Und viele dieser Bio-Labore haben US-Unterstützung erhalten in Form von technischem Equipment, wichtigen Reparaturen, Upgrades und Wiederauffüllungsdiensten.

Schwierig wird es, wenn es um die Frage geht, ob dortige Forschungen auch in Form einer dualen Nutzung für militärische Zwecke hätten genutzt werden können.



[HTTPS://TKP.AT/2022/03/07/US-BIOLABORE-IN-DER-UKRAINE-RUSSLAND-LEGT-DOKUMENTE-VOR/](https://tkp.at/2022/03/07/us-biolabore-in-der-ukraine-russland-legt-dokumente-vor/)

US-Biolabore in der Ukraine: Russland legt Dokumente vor

Waldo Holz Wissenschaft 7. März 2022

Es ist das heißeste Eisen im aktuellen Infokrieg zwischen Russland und dem Westen: **US-Biolabore auf ukrainischem Boden**. Am Sonntag veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium erstmals Dokumente. Diese sollen zeigen, dass Kiew am Tag des russischen Einmarsches die Vernichtung von Krankheitserregern angeordnet haben soll. Der Westen sprach schon Tage davor von Desinformation, die vom Kreml verbreitet werde.

Von *Waldo Holz**

Spekulationen gibt es seit Putins Einmarsch in die Ukraine: US-Biolabore in der Ukraine – und keiner weiß, was dort geschieht. Am Samstag äußerte sich das russische Außenministerium dazu, am Sonntag legte das Verteidigungsministerium Dokumente vor. Westliche Medien nennen die Causa „Desinformation“. Doch der Reihe nach.

US-Biolabore in der Ukraine

Das US-Verteidigungsministerium betreibt in der Ukraine jedenfalls mehrere Biolabore. Diese Information weist die US-Botschaft der Ukraine recht transparent aus:

„Das Programm des US-Verteidigungsministeriums zur Verringerung biologischer Bedrohungen arbeitet mit Partnerländern zusammen, um der Bedrohung durch (absichtliche, versehentliche oder natürliche) Ausbrüche der gefährlichsten Infektionskrankheiten der Welt entgegenzuwirken. Das Programm erfüllt seinen Auftrag zur Verringerung der biologischen Bedrohung durch die Entwicklung einer Kultur des Bio-Risikomanagements, durch internationale Forschungspartnerschaften und durch die Stärkung der Kapazitäten der Partnerländer im Bereich der biologischen Sicherheit und der Bio-Überwachung. Die Prioritäten des Programms zur Verringerung biologischer Bedrohungen in der Ukraine sind die Konsolidierung und Sicherung sicherheitsrelevanter Krankheitserreger und Toxine sowie die Gewährleistung, dass die Ukraine Ausbrüche gefährlicher Krankheitserreger erkennen und melden kann, bevor sie eine Bedrohung für die Sicherheit oder Stabilität darstellen.“

Der ausführliche Twitter-Thread eines anonymen Accounts zu den Biolaboren, der die Causa Ende Februar so richtig in den Fokus geraten ließ, verschwand sehr schnell von Twitter, ist aber im [Webarchiv noch gespeichert](#).

Russland erhebt Vorwürfe

Das russische Außenministerium warf der USA nun am Samstag vor, dortige „Spuren unter den Teppich zu kehren“. Das US-Magazin „Natural News“ veröffentlichte vergangene Woche eine Recherche, **wonach das Pentagon in 25 Ländern Biolabore betreibt. Finanziert sind sie durch ein 2,1 Milliarden US-Dollar Militärprogramm.**

Was dort vorgeht – auch in den Laboren in der Ukraine – weiß die Öffentlichkeit nicht. Laut einem Abkommen aus 2005 *„ist es der ukrainischen Regierung untersagt, sensible Informationen über das US-Programm zu veröffentlichen, und die Ukraine ist verpflichtet, dem US-Verteidigungsministerium (DoD) gefährliche Krankheitserreger für die biologische Forschung zu übergeben.“* „Natural News“ **bezieht sich auf diese Quelle.**

Der russische Vorwurf ist heftig: **Dort würde an Pathogenen geforscht, die auch als Biowaffen verwendet werden könnten.** Ende Februar soll *„die US-Botschaft in der Ukraine unerwartet alle Dokumente über die militärische und biologische Zusammenarbeit zwischen Washington und Kiew dem öffentlichen Zugriff entzogen. Die zuvor öffentlichen Dokumente wurden gelöscht“*, so der Vorwurf des russischen Verteidigungsministeriums am Sonntag. Es habe sich um Informationsmaterial zu jeweilige Forschungsprojekten gehandelt.

Das Verteidigungsministerium richtete schwerste Vorwürfe an die USA und Kiew. Mitarbeiter der Biolabore hätten Dokumente über die Vernichtung besonders gefährlicher Erreger von Pest und Milzbrand am 24. Februar vorgelegt, heißt es. Zudem habe Kiew versucht, die Spuren der Biolabs zu beseitigen.

Dokumente mit entsprechenden Anweisungen zur Vernichtung von Krankheitserregern in den Laboren in Poltawa und Charkiw legte das Verteidigungsministerium ebenfalls vor und veröffentlichte diese in sozialen Medien. Unabhängig überprüfbar sind die Dokumente selbstverständlich nicht – die russische Nachrichten Agentur „Ria Novisto“ hatte zur Causa berichtet.

Das Verteidigungsministerium kündigte an, bald eine Analyse der Dokumente vorzulegen.

Infokrieg

Der Westen greift das heiße Eisen vorsichtiger an. Vergangene Woche **berichtete auch die Tagesschau über die Biolabore,** schon im Februar „US Today“: Beide Leitmedien versicherten ihren Lesern, dass es sich **in der Causa um „Desinformation“** handle. Die nun nicht mehr verfügbaren Dokumente, seien demnach schon weit länger offline genommen worden und nicht erst seit dem Einmarsch Russlands.

„Die Behauptung, die USA habe speziell diese Dokumente nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine kurzerhand verschwinden lassen, ist also unbelegt und falsch“, sagt die

Tagesschau. Jetzt sind neue Dokumente aufgetaucht, allerdings über das russische Verteidigungsministerium. Ihre Echtheit kann nicht unabhängig geprüft werden.

In einem scheinen sich beide Seiten einig: Jeweils der anderen Seite gehe es darum, die Wahrheit zu verschleiern. Biolabore sind schon lange und nicht erst seit dem Covid-Ausbruch ein zentraler Spielball im Informationskrieg. Jetzt, im heißen Krieg noch mehr.

DIE ANSTALT MIT KLARTEXT ÜBER DIE MEDIEN & ES WIRD ZENSIERT?

SIEHE HIER: [HTTPS://WWW.BITCHUTE.COM/VIDEO/YYAITI7PJF/](https://www.bitchute.com/video/yyaiti7pjf/)



KLARTEXT EINER DEUTSCHEN AUS DER UKRAINE ZUR DERZEITIGEN SITUATION IN DEUTSCHLAND, DIE ERINNERUNG AN EINE ZEIT AUFKOMMEN LÄSST, WELCHE

...SIEHE HIER: [HTTPS://WWW.BITCHUTE.COM/VIDEO/ZRPSCR DOPYHL/](https://www.bitchute.com/video/zrpscrDOPYHL/)



LISA FITZ OLGA GEHEIMNIKOVA, AGENTIN SPRICHT KLARTEXT ÜBER DIE UKRAINE, USA, ...

[HTTPS://WWW.BITCHUTE.COM/VIDEO/PTZNARO0AOPZ/](https://www.bitchute.com/video/PTZNARO0AOPZ/)



Public Health Graz

Das bürokratische Monster in Schwarz-Weiß. Die 86. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend grundlegende Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Basismaßnahmenverordnung – COVID-19-BMV) - <https://bit.ly/3vAyHTq>

Franz Kafka hätte seine Freude. Ich habe sie dreimal gelesen und verstehe nur Bahnhof. Was ist das Ziel dieser Verordnung? **Die Menschen zu verwirren, zu ermüden, zu verärgern?** Wenn das das Ziel ist, dann könnte es sogar erreicht werden. Gute Gesundheitsinformation schaut anders aus, auch in einem Gesetzestext.

Paragraph 9 und 10 bieten jede Menge Stoff für die Faschingszeitung, aber die Zeit ist schon vorbei. Vielleicht

übersetzt ja die Tagespresse. **Wobei in Österreich die Realität die Satire täglich überholt. Nicht nur beim C-Thema.**



(2017) - **UKRAINE** DAS WELTWEIT GESPERRTE INTERVIEW
MIT WLADIMIR WLADIMIROWITSCH PUTIN - TEIL 1 V 2

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/Oy4YeGKVsXWF/>



UKRAINE: DAS WELTWEIT GESPERRTE INTERVIEW MIT
WLADIMIR WLADIMIROWITSCH PUTIN. TEIL 2 V. 2 -
(2017) Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/LwfecOp8Jh2V/>



A composite image featuring Mark Zuckerberg in the center. To his left is the Pfizer logo, and to his right is the Facebook logo. The background is a blurred outdoor setting.

Pfacebook? – Pfizer finanziert auch Fakten-Check-Partner von Facebook

Big Pharma und Big Tech kooperieren auch in der Zensur. Sie halten sich damit gemeinsam unliebsame Kritiker vom Hals und löschen ihre Bedenken ganz einfach weg.

www.auf1.tv

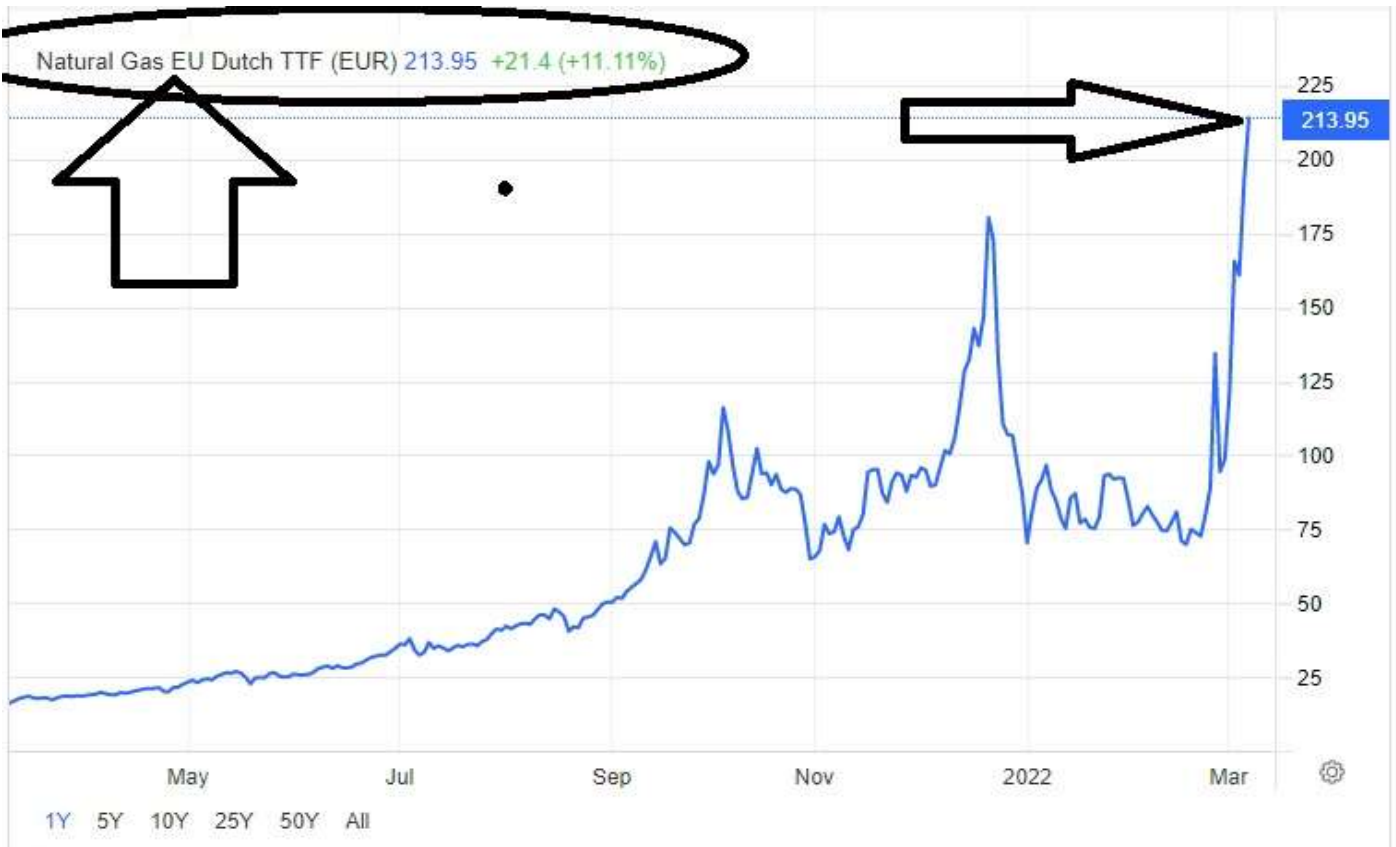
AUF1



"Es geht nicht um eine Flagge, es geht nicht um ein Stück Land, es geht schlichtweg um Geld. Es passierte in Syrien, Afghanistan, Jugoslawien und überall: Unschuldige Menschen sterben wegen ein paar Leuten da oben, denen es ums Geld geht. Wenn Geld nicht involviert ist, gibt es auch keinen Krieg. Und es passiert auch weiterhin in diesen Tagen. Es ist jetzt acht, neun Tage her, dass dieser Krieg begonnen hat. Es kam die NATO, europäische Organisationen und so weiter doch letztendlich sind dies alles Versager, komplette Versager."

Pep Guardiola





Mitarbeiter der Bayer AG sagt:

mRNA-Impfstoffe sind Gentherapie

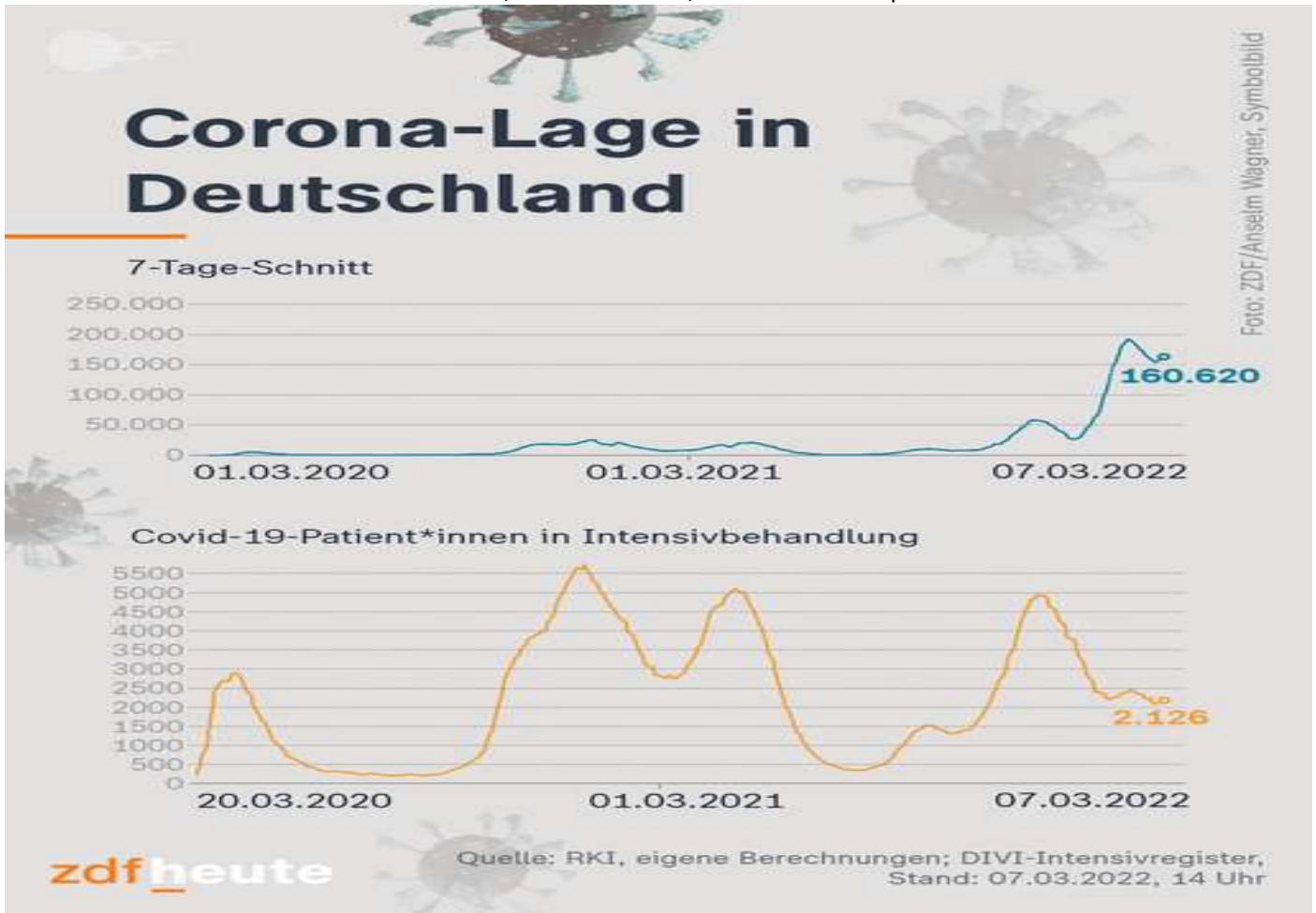
Von Meiling Lee 7. März 2022 Aktualisiert: 7. März 2022 16:52

In einer Rede im Oktober 2021 bezeichnete ein Vorstandsmitglied der Bayer AG mRNA-Impfstoffe als Gentherapie. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht in den sozialen Medien. **Neue Studienergebnisse belegen, was Faktenprüfer stets verneinten.**

Stefan Oelrich, Vorstandsmitglied der Bayer AG und Leiter der Abteilung Pharmaceuticals, hielt auf dem Weltgesundheitsgipfel im Oktober 2021 in Berlin eine Rede zum Thema biotechnologische Innovation. Dabei sagte er, dass „Bayer einen großen Sprung in der Zell- und Gentherapie“ gemacht habe. **„Letztlich sind die mRNA-Impfstoffe ein Beispiel für dies..“**

Hier erfährt man mehr: <https://www.epochtimes.de/gesundheit/mitarbeiter-der-bayer-ag-sagt-mrna-impfstoffe-sind-gentherapie-a3747396.html?telegram=1&fbclid=IwAR0ivwTWGkvc5zO3sOqPjO2KkXn-j3ArI33xS068hgLnwsm5cvHlqAnd0Qc>





https://zackzack.at/2022/03/07/umfrage-vertrauen-in-die-politik-im-keller?fbclid=IwAR2xn9UYJUPenHWG_GwsCBvjP95-8Rn344_piGxXHkmSqMza4vx_h9UfX8



Umfrage

Vertrauen in die Politik im Keller

Ein Drittel der österreichischen Wahlberechtigten klagt laut einer neuen Umfrage über zu wenig Mitsprache in der Politik. Auch das Vertrauen ist erschüttert. Nur vier Prozent der Befragten sind sich ganz sicher, dass Politiker gute Absichten haben.

Wien, 07. März 2022 | Die neuesten Erkenntnisse gehen aus einer Market-Umfrage im Auftrag des “Standard” hervor. Den Befragten wurden dabei mehrere Aussagen vorgelegt, denen sie in Form von Schulnoten (1-5) mehr oder weniger stark zustimmen konnten.

Besonders auffällig: die Aussage “Ich habe genügend Mitsprache in politischen Fragen” wurde größtenteils unterdurchschnittlich bzw. negativ bewertet. Unter allen wahlberechtigten Befragten gaben über ein Drittel dieser Aussage einen “Fleck”. Nur drei Prozent stimmten der Aussage voll und ganz zu und vergaben einen Einser. Mit jeweils 24 Prozent war auch die Zahl jener Befragten hoch, die ihre politische Mitsprache nur mit einem “Befriedigend” oder einem “Genügend” bewerteten.

Kaum Vertrauen in Politikern

Auch Aussagen wie “Ich habe den Eindruck, dass sich Politiker im Allgemeinen dafür interessieren, was Menschen wie ich denken” oder “Ich glaube, dass die meisten Politiker, egal von welcher Partei, gute Absichten haben” wurden abgefragt. Die nur im unteren Durchschnitt liegenden Mittelwerte der zwei bewerteten Aussagen (3,68 bzw. 3,32) zeugen von einem eher durchwachsenen Vertrauen der Österreicher in die Politik. Nur vier Prozent finden, dass Politiker, egal welcher Partei, auf jeden Fall gute Absichten haben. 35 Prozent gaben dieser Aussage einen Dreier, 24 Prozent einen Vierer und 16 Prozent glauben überhaupt nicht an gute Absichten unter Politikern.

Bei Aussagen bezüglich Postenschacher war die Zustimmung schon größer. Dem Satz **“Politiker und Funktionäre verwenden ihren Einfluss bei Postenbesetzungen für die falschen Leute”** stimmten 31 Prozent voll und ganz zu und vergaben einen Einser. 30 Prozent fanden, dass diese Aussage “gut” zutrifft. Nur drei Prozent sind der Meinung, dass das überhaupt nicht stimmt.

Interessant auch das Ergebnis folgender Aussage: “Wäre ich Politiker, würde es mir schwerfallen, Angebote von Lobbyisten, die mir einen persönlichen Vorteil bringen, abzulehnen”. Fünf Prozent stimmten dem Satz voll zu. 30 Prozent überhaupt nicht.

(mst)

Public Health Graz

Auf der Homepage des designierten Ministers für Soziales (!), Gesundheit, Pflege (!) und Konsumentenschutz findet sich seine Stellungnahme zur Impfpflicht. Datiert auf den 22.11.2021 - <https://bit.ly/35ngA8Z> -

Ein Zeitdokument das den Tunnelblick der GRÜNEN perfekt widerspiegelt.

Am Anfang steht: "Ich war dagegen. Immer. Impfungen, dieser Ansicht bin ich nach wie vor, sind höchstpersönliche Angelegenheiten, Eingriffe in den eigenen Körper, die vorzunehmen im Prinzip keiner staatlichen oder sonstigen Macht zusteht."

Aber dann kommen Sätze wie: "Wir haben es zehn Monate lang mit Freiwilligkeit und Aufklärung versucht, und das Resultat ist niederschmetternd." **Echt jetzt? Niederschmetternd? Und was genau wurde wie versucht?**

Dann folgt eine Vermischung von Unsinn. Zuerst werden wie üblich die "Inzidenzen" falsch interpretiert und kommuniziert. **Da frage ich mich schon, welche Gesundheitskompetenz unser künftiger Minister mitbringt.** Dann sind, wie immer bei den GRÜNEN, die Kinder dran, die von den

bösen ungeimpften Menschen infiziert werden. **Da frage ich mich schon, welche Evidenzbasierung unser künftiger Minister mitbringt.** Ende November 2021 **war vollkommen**

klar, dass eine Impfung weder eine Infektion verhindert noch das Übertragungsrisiko reduziert. Das **irrationale Angstszenario** bezüglich Kinder will ich gar nicht

kommentieren. **Da hilft mMn nur mehr eine Psychotherapie.**

Dann folgt die Warnung für eine Überforderung der Vorarlberger Krankenversorgung auf Basis von willkürlichen Prognosen. Kann man als Politiker schon machen.

Aber auch hier regiert nur eine Emotion - die Angst. Politiker sollten aber niemals Ängste verbreiten. Vor allem nicht dauerhaft und vor allem nicht auf Basis von willkürlichen Prognosen.

Dann kommt der Vergleich mit der Pockenimpfung. Zero-Covid, ein Leitgedanke der GRÜNEN, blitzt auf. **Dass der Vergleich Nonsens ist, war damals schon klar. Aber für ein bisschen Emotion werden eben die Fakten ein bisschen verbogen.** **"Message Control"** haben die GRÜNEN in zwei Jahren perfekt gelernt. Da staune sogar ich.

Der letzte Absatz ist reiner **faktenbefreiter Populismus.** **Eigentlich noch schlimmer.** Die GRÜNEN haben zwei Jahre lang alles getan um das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu sabotieren und sie haben enorm zum Verlust an sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beigetragen. **Miteinander reden, Aufeinander zugehen, Einander zuhören, wurden ersetzt durch Covidiot, Querdenker, Schwurbler und Verschwörungstheoretiker.** **Die GRÜNEN haben Teile der Gesellschaft**

diskriminiert, diffamiert und vom sozialen Leben ausgeschlossen. In diesem Sinne ist der letzte Absatz eine Frechheit.

Die GRÜNEN sind zu einem **JA-Sager-Verein** geworden, der auch einem Kaiser ohne Kleider huldigt. **Eine Pharma-Lobbyisten zur Chefin der Ages-Medizinmarktaufsicht machte. Damit sind sie auch in der Welt der Korruption angekommen.** Gratuliere!





President Zelensky (President.gov.ua CC BY 4.0) Help ons door dit me

Ups... Live im französischen TV erzählt eine Ukrainerin, was man eigentlich nicht erwartete

- uncut-news.ch, März 4, 2022

Am vergangenen Donnerstag war eine Ukrainerin namens Victoria, die seit 25 Jahren in Frankreich lebt, zu Gast in der Sendung Brunet & Cie des französischen Nachrichtensenders LCI, um die Zuschauer über die Lage in der Ukraine zu informieren. Die Moderatoren hatten wohl erwartet, dass die Frau eine Tirade gegen Putin loslassen würde, aber es kam ganz anders.

Die Frau sagte, dass zwei Millionen Menschen in der Ukraine unter miserablen Bedingungen leben. Sie sagte, dass die Energierechnungen stark gestiegen sind und viele Menschen die Hälfte ihres Gehalts für die Heizung ausgeben.

„Warum sollten wir diesen Präsidenten und seine Marionettenregierung verteidigen?“, fragte Victoria. „Die Wirtschaft bricht zusammen, die Korruption ist weit verbreitet.“ Der Moderator Eric Brunet fragte verblüfft: „Sprechen Sie von Zelensky?“

„Natürlich, wer sonst?“, sagte sie. „Er ist absolut kein demokratischer Führer. Er hat vier Fernsehsender geschlossen. Journalisten sind verschwunden. Man sagt, dass russische Journalisten regelmäßig ermordet werden. Auch

ukrainische Journalisten werden ermordet. In den letzten Jahren sind viele Journalisten getötet worden.

Brunet fragte Victoria, ob es stimme, dass einige Einwohner Kiews froh darüber seien, dass die Russen in das Land einmarschiert seien. „Auf jeden Fall“, antwortete sie und fügte hinzu, dass viele Ukrainer bezweifeln, dass die Wahlen fair waren.

Brunet wies darauf hin, dass es demokratische Methoden gibt, um die Regierung zu wechseln, wenn man mit dem Lauf der Dinge unzufrieden ist. Daraufhin sagte einer der Gäste: „Vergessen Sie nicht, dass es im Februar 2014 einen Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten gab.“

https://zackzack.at/2022/03/05/wie-das-bundeskriminalamt-journalisten-verfolgt?fbclid=IwAR2jn9n_GA0aC_6zPA8MGg2OoSahsJ6HJ9D2yjF8A2j4jkJry8J_WfYmVKc



Wie das Bundeskriminalamt Journalisten verfolgt

ZackZack enthüllt mit den BMI-Chats mutmaßlichen Amtsmissbrauch. Das gefällt der Kripo nicht: seit Monaten ist sie hinter Teilen der Redaktion her – ohne handfeste Belege. Das liegt auch an Vorwürfen gegen die Ermittler selbst. Wie es zur Verfolgungsjagd auf Journalisten kam:

Wien, 05. März 2022 | Ein Ermittlungsakt des Bundeskriminalamtes könnte für das Innenministerium (BMI) zum Bumerang werden. Darin zu finden sind auch Tweets und **Privatadressen von ZackZack-Journalisten**, ohne dass diese Zeugen, Beschuldigte oder dergleichen wären.



(Faksimile ZackZack).

Das Bundeskriminalamt nimmt ZackZack-Herausgeber Peter Pilz, aber auch Chefredakteur Thomas Walach und Vize-Chefredakteur Benjamin Weiser ins Visier, obwohl die Beamten trotz tausender Seiten keine Belege für strafrechtlich relevante Vergehen haben.

Bei Pilz wird laut Akt gar erwogen, eine Razzia durchzuführen.

Betreffen würde das wohl auch die Räumlichkeiten der Redaktion, in denen Pilz ein Büro unterhält. Traditionell wird im Zuge einer solchen Maßnahme auch auf sogenannte „Zufallsfunde“ wie herumliegende USB-Sticks oder Laptops gehofft.

Alles beginnt mit der Sondereinheit im Bundeskriminalamt, „AG Fama“. Fama ist in der Mythologie die Göttin des Gerüchts. Die gleichnamige Ermittlertruppe soll Vorwürfe rund um die Ex-Verfassungsschützer Martin W. und Egisto Ott aufklären. Und sie soll Löcher stopfen.

Erster Gegenschlag: „SLAPP“-Klagen

Im Sommer 2021 erscheint das Buch „Kurz – Ein Regime“ von Peter Pilz. Darin zitiert der ZackZack-Herausgeber Chats, in denen BK-Chef Andreas Holzer BMI-Kabinettschef Michael Kloibmüller über Details einer Telefonüberwachung informiert, in der Kloibmüller vorkommt. Spätestens jetzt merkt Holzer, dass Teile der BMI-Chats, die auch ihn belasten könnten, bereits im Umlauf sind. Monatelang reagiert er nicht. Wie andere aus dem ÖVP-Umfeld, die durch das Buch belastet werden, scheint die Devise in den ersten Monaten „aussitzen“ zu heißen. Aber nach Wochen, in denen das Buch auf Platz 1 der Bestsellerliste liegt, hält es Holzer nicht mehr aus – und will das Buch plötzlich beschlagnahmen lassen. Ein beispielloser Vorgang. Der Verlag Kremayr & Scheriau wird mit einer Klage überzogen. Dabei bleibt es aber nicht, denn jetzt gerät auch ZackZack ins Visier. Dreh- und Angelpunkt ist Anwalt Peter Zöchbauer. Vorher unter anderem für die Novomatic im Einsatz, vertritt er gegen ZackZack gleich drei Protagonisten aus den BMI-Chats.

Sie sind nicht allein: René Benkos Signa bzw. die Kika/Leiner-Gruppe setzen ebenfalls auf Zöchbauer. Deren Millionenklage vom August 2021 ist der Start einer Klagslawine, die die wirtschaftliche Existenz von ZackZack gefährdet. Zusätzlich zum Medium wird Chefredakteur Thomas Walach persönlich geklagt. Experten zufolge handelt es sich um massive Einschüchterung in Gestalt sogenannter „SLAPP“-Klagen. Die EU-Initiative gegen „SLAPPs“ kommt für ZackZack zu spät, die Verfahren laufen.

Geklagt wird nicht auf Fakten, sondern wegen eines „Gesamteindrucks“, der angeblich „zwischen den Zeilen“ entstanden sein soll. Das ist die vage Formulierung, die sich durch fast alle Zöchbauer-Klagen zieht. Am 20. September 2021 trudelt schon die nächste ein. Diesmal ist es Chat-Wunder Kloibmüller, der Walach wegen eines Tweets zur verratenen Telefonüberwachung eine Privatanklage beschert.

Nur drei Tage später klagt Ex-BVT-Vize Wolfgang Z. ZackZack. Auch er kommt prominent in den Chats vor. Weiter geht es am 4. November mit der Rechtsschutzbeauftragten Gabriele

Aicher, deren Kritik an der WKStA in einem Kommentar auf ZackZack Thema ist. Auch sie lässt sich bei ihrer Klage von Zöchbauer vertreten. Am 17. November folgt schließlich Holzer selbst, **dem die Berichterstattung über die verratene Telefonüberwachung** offenbar ein Dorn im Auge ist. Ob es sich bei den Klagen um ein koordiniertes Vorgehen gegen ZackZack handelt und wer ein solches möglicherweise angeordnet hat, wollte Anwalt Peter Zöchbauer auf Nachfrage nicht sagen.

Erst später erfährt die Redaktion: die Ermittler wühlen zu diesem Zeitpunkt weiter als gedacht, damit offensichtlich auch mit anderen Mitteln gegen ZackZack-Journalisten vorgegangen werden kann.

ZackZack-Artikel in Ermittlungsakt

Besonders von Interesse ist für die „AG Fama“ ein ZackZack-Artikel mit dem Titel **„Parteibuchwirtschaft im Staatsschutz** – Nehammer baut um“.



Nehammer baut um

Parteibuchwirtschaft im Staatsschutz

Während die Affäre des Bundeskriminalamts-Direktors platzt, baut Innenminister Karl Nehammer den Verfassungsschutz um. An der neuen Spitze stehen verlässliche Parteigänger: aus der ÖVP in St. Pölten und Linz.

Leitartikel der Redaktion:

(Faksimile ZackZack)

Im Artikel kommen BMI-Chats von Ex-BVT-Vize Wolfgang Z. und dem interimistischen BVT-Leiter Johannes F. vor. Es geht um eine Intervention, aber auch um Personalwünsche aus den ÖVP-Landesparteien im Zuge des BVT-Umbaus zur Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN).

Die Ermittler geben den ZackZack-Artikel in den Ott-Akt. Darin steht: „Mit 16.9.2021 erfolgte im Onlinemedium „zackzack.at“ unter dem Titel ‚Parteibuchwirtschaft im Staatsschutz‘ die Veröffentlichung eines Leitartikels der Redaktion, der unter Hinweis auf den ehemaligen Kabinettschef Mag. Michael KLOIBMÜLLER zwei mit ‚Faskimilie ZackZack‘ unterlegte Bilder mit SMS-Kommunikationen und -inhalten vom 11.3.2016 zeigte.“

Der für sich genommen nicht unübliche Vorgang, Medienberichte in Ermittlungen zu zitieren, dient der Holzer-Sondereinheit augenscheinlich zur Kriminalisierung journalistischer Arbeit. Die SMS-Kommunikationen könnten laut Ermittler „eindeutig und zweifelsfrei den gespeicherten Dateien bzw. Kommunikationen auf dem bei Rainer P. sichergestellten USB-Stick zugeordnet werden“. Damit widersprechen die Ermittler dem medial von der ÖVP lancierten Spin, die Nachrichten seien möglicherweise nicht authentisch.

Laut Ermittler sei außerdem anzunehmen, dass Egisto Ott anlässlich des bevorstehenden Verfassungsschutz-Umbaus Nachrichten zur Veröffentlichung auf ZackZack weitergegeben haben soll. Die „AG Fama“ weiß zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht, welche Informationen ZackZack hat, vermutet aber, dass sie von Ott stammen könnten. Belege dafür werden nicht angeführt.

Ein Prozess, von dem niemand wissen soll

Am 22. September 2021 ist ZackZack vor Ort am Wiener Verwaltungsgericht, um von einer Maßnahmenbeschwerde über die Razzia bei Ex-BVT-Mann Ott, gegen den die „AG Fama“ ermittelt, zu berichten. Bei Otts Verhaftung sollen er und seine Frau misshandelt worden sein. Otts Frau soll laut Zeugen gewaltsam an die Wand gedrückt und bis zum Schluss am Anruf ihres Anwalts gehindert worden sein. Eine Beleidigung, die Ott in den Raum stellt – „Jetzt haben wir dich, du Dreckschwein“ – dementieren die Polizisten vehement. Einer gibt aber zu, Ott während des Einsatzes „Arschloch“ genannt zu haben. Gewalt gegen Ott sei nötig gewesen, weil die Beamten laut eigener Aussage befürchteten, der könne sein Handy zwischen seinen flachen Händen zerquetschen und damit Beweise vernichten.

Als ZackZack-Vize-Chefredakteur Benjamin Weiser auf Twitter erste Teaser der Berichterstattung absetzt, brennen im BMI alle Sicherungen durch. Der anwesende Vertreter des Ministeriums, Jürgen J., will Weiser zunächst aus dem Gerichtssaal werfen lassen. BMI-Mann J. behauptet, Weiser würde geheime Details „leaken“, da er und Walach Tweets zum Prozess posten. J. geht sogar mit seinem Handy zu Richterin Elisabeth Grois. Die sieht jedoch keine Gründe für den Ausschluss der Öffentlichkeit und gibt dem BMI-Ansuchen nicht statt. „Das ist ganz normale Prozessberichterstattung“, befindet die Richterin.

Daraufhin geschieht Seltsames: der Beamte des BMI, der vor Gericht die Kohlen aus dem Feuer holen soll, bekommt einen Anruf, ausgerechnet vom Holzer-Vertrauten Dieter C. Der aber dürfte zu diesem Zeitpunkt schon lange nichts mehr mit der „AG Fama“ zu tun haben. C. hatte sich aufgrund von Befangenheit aus den Ermittlungen zurückziehen müssen. Warum er trotzdem Anweisungen in der Sache erteilt, bleibt unklar.

Der Holzer-Stellvertreter scheint jedenfalls noch die Zügel in der Hand zu halten. C. will, dass die Polizisten nicht mehr als Zeugen aussagen und hebt die vorher entbundene Amtsverschwiegenheit wieder auf. Der Prozess wird unterbrochen, die belasteten „Fama“-Polizisten können dank C.'s Intervention aufatmen – bis Richterin Grois einige Wochen später Kanzler Nehammer höchstpersönlich einen Brief schreibt. Sie will die Zeugen beim nächsten Termin wieder aussagen lassen.

Kriminalisierung von Journalismus

Noch am selben Tag des Eklats vor Gericht landen die Tweets von Weiser und Walach (der einen Tweet von Weiser teilt) im Ermittlungsakt. Dort ist auch ein Firmenbuchauszug der Zack Media GmbH, der Betreiberfirma von ZackZack, samt ungeschwärzter Privatadressen vermerkt – ohne erkennbaren Grund. Die Ermittler notieren ihr Erstaunen über die Berichterstattung eines Journalisten, den sie schließlich „identifizieren“:

Beim Eintreffen fand gerade eine Verhandlungspause statt und konnte dabei festgestellt werden, dass sich offenbar neben den vorgeladenen Beamten, den Beschwerdeführern OTT Egisto und [REDACTED] samt deren Rechtsanwalt Mag. Volker SACKMANN, dem Behördenvertreter Mag. Jürgen J. [REDACTED] und der vorsitzenden Richterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elisabeth Grois samt deren Schreibkraft auch ein Zuschauer im Verhandlungssaal befand, der infolge als stellvertretender Chefredakteur der Online-Tageszeitung „Zack Zack“, Benjamin WEISER, B.A. MA identifiziert werden konnte.

(Faksimile ZackZack).

Bei Thomas WALACH, B.A. MA, handelt es sich um den Chefredakteur des Onlinemediums zackzack.at.

Ausbaufähige Recherche der Ermittler: Thomas Walach ist Dr. (Faksimile ZackZack)

Die Ermittlungen gegen Ott haben bemerkenswert umfassenden Charakter. Von wildesten Geheimdienstumtrieben über bestimmte Wirecard-Spuren bis hin zur Verfolgung von ZackZack wächst ein Akt an, der stellenweise wie ein bunter Fleckerlteppich an Vorwürfen wirkt. Offiziell geht es gegen Otts mutmaßliche Vergehen. Ein weiteres Ziel scheint aber, ein

angebliches Netzwerk rund um Ott aufzudecken und vermeintliche „Leaks“ zu stopfen. Vieles, was die Ermittler als Belege ansehen, mutet wie ein Vorwand für dieses Vorhaben an.

Den Tweets der ZackZack-Journalisten misst Holzers Sondereinheit eine besondere Bedeutung zu. **Man versucht sich sogleich an einer eigenen Auslegung des Medienrechts.** Angeblich, so steht es im Akt, „konnte begründet angenommen werden, dass bei der weiteren Befragung Thematiken zur Einsatz- und Kriminaltaktik Erörterung finden würden, die ihrem Inhalt nach nicht für eine Veröffentlichung bestimmt wären.“

Da ZackZack Prozessberichterstattung betreibt und die BMI-Chats hat, ziehen die Ermittler einen interessanten Schluss: ihrer Ansicht nach muss es eine Verbindung zwischen Ott und ZackZack geben. Sie vermuten Ott als Whistleblower:

Anzuführen ist, dass am 22.9.2021 beim Verwaltungsgericht Wien eine öffentliche Verhandlung aufgrund von Maßnahmen- und Richtlinienbeschwerden von Egisto und █████ OTT zum Einschreiten vom 24.1.2021 stattfand und dabei als einzig außenstehende Person, außerhalb der Parteien, Benjamin WEISER B.A. MA, der Verhandlung beiwohnte und direkt per Twitter die Zeugenangaben veröffentlichte. Die veröffentlichte Berichterstattung lässt ein entsprechendes Naheverhältnis zu Egisto OTT vermuten.

Siehe Beilage 12c: AV vom 22.9.2021 über Verhandlung Verwaltungsgericht

(Faksimile ZackZack)

Weil ZackZack seinen Job macht, ist die Kripo hinter der Redaktion her. Sowohl Bundeskriminalamt als auch Staatsanwaltschaft Wien wollten auf Anfrage keine Stellungnahme abgeben.

Mediale Gegenkampagne

Am Ende nützen aber auch diese Schritte nichts. Monate später, ab Jänner 2022, beginnt ZackZack reihenweise BMI-Chats zu enthüllen. Nahezu alle großen österreichischen Zeitungen und der ORF berichten, auch deutsche Medien wie „Der Spiegel“, „Süddeutsche Zeitung“ oder die „Augsburger Allgemeine“ steigen ein. **Infolge des öffentlichen Drucks wird eine mediale Gegenkampagne lanciert.** Auf einmal kursieren bestimmte Teile des Ermittlungsakts durch sämtliche Redaktionsstuben, ein groß angelegter Spionageskandal rund um Ott soll die BMI-Chats in anderem Licht erscheinen lassen.

Die ÖVP schlachtet diese Erzählung aus und will den U-Ausschuss, der sich genuin mit ihrer mutmaßlichen Korruption befasst, drehen. Wer die ÖVP dabei berät, können Sie [hier](#) nachlesen.

(red)

ZackZack macht keine Angaben zu den etwaigen Redaktionsquellen dieser oder sonstiger Investigativberichterstattung. Österreich weigert sich bislang, eine EU-Forderung zum Schutz von Whistleblowern umzusetzen.

Andreas Mertens

ICH STELLE NUR DEN TEXT REIN da RT ja gesperrt ist !

Denis Puschilin: Ukrainische Offensive war für den 8. März geplant

6 Mär. 2022 15:52 Uhr

Die Offensive der russischen Armee und der Verteidigungskräfte der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sei einer unmittelbar bevorstehenden Offensive der ukrainischen Armee zuvorgekommen. Dies gab der Chef der Volksrepublik Donezk am Sonntag in einer Pressekonferenz bekannt.

Denis Puschilin: Ukrainische Offensive war für den 8. März geplant Quelle: Sputnik © Sergey Averin

Denis Puschilin

In einer am Sonntag eilig einberufenen Pressekonferenz informierte der Chef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, die Öffentlichkeit darüber, dass sich die ihm vorliegenden Geheimdienstinformationen über eine unmittelbar bevorstehende großangelegte Offensive des ukrainischen Militärs gegen den Donbass und die Krim anhand der im Zuge des Vormarsches der russischen Truppen und der durch die Kräfte der Volksrepubliken gewonnenen Erkenntnisse bestätigt haben. Man wisse nun, dass der Beginn der ukrainischen Offensive für den 8. März 2022 angesetzt war.

Griechen in Mariupol: "Asow hält uns als Geiseln"

Man sei in Besitz von Unterlagen, Plandokumenten, Karten und weiterer Beweismittel gelangt, die die entsprechende ukrainische Planung beweisen würden. Auch verfüge man inzwischen über Aussagen gefangener Offiziere, die dies belegen, so der Republikchef.

Die Offensive sollte gleichzeitig gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk und gegen die Halbinsel Krim geführt werden. Letztere sollte sowohl auf dem Landweg, als auch vom Meer aus angegriffen werden. Puschilin präsentierte dazu eine Stabskarte, die nach seinen Angaben in den letzten Tagen erbeutet werden konnte.

Einen Teil der Beweismittel präsentierte Puschilin den versammelten Journalisten. Darunter war auch eine deutsche Fahne zu sehen, die auf die Anwesenheit zumindest deutscher Freiwilliger in der Konfliktregion hindeutet.

RT wird weiter über das Thema berichten, sobald die vorgelegten Beweismittel gesichtet sind und ausgewertet werden konnten.

P.S. Also die ukrainische Armee - Wollte mit Militärdaten der US Army eine Offensive starten? Ich verstehe das richtig?

Dann ist das ja Verteidigung. Eine unmittelbare oder bevorstehende Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden?

Und wer ist jetzt der böse und wer ist jetzt der Gute?



[Klaus Schreiner](#)

Das Big Business der Big Pharma

basiert auf Angst, Desinformation, geschönte Studien, unterlassene Impfschadenmeldungen, und jetzt endlich erreicht und umgesetzt: Haftungsbefreiung, aber auch auf Lobbyisten und Parteischmiergelder um den Gesetzwerdungsprozess pharmadienlich zu gestalten, Parteischmiergelder um als Kickback für Milliardenaufträge der Auftragsvergeber von unnützen mRNA-Gentherapien zu wirken. Ok es ist längst bekannt.

Die Pharmamafia ist korrupt, skrupellos und gewinnorientiert. Viele Skandale und Milliardenstrafen zeigten uns auf, dass die Pharma verbrecherisch agiert.

Die derzeitigen Pharma-Geschäftsstrategien sind offensichtlich:

1. Angst der Menschen herauskitzeln - und ständig verstärken um ein Angst/Panik-Umfeld zu erschaffen, dass die Politiker dazu zwingt, die Interessen der Pharma zu dienen. Steuergeld für Impfstoffentwicklung. Haftungsbefreiung. Testkids. Milliardenaufträge für einen großangelegten Menschenversuch mit experimentellen mRNA-Gentherapien,

die im Tierversuch zahlreiche Organschäden, Krebse, Krankheiten und Todesfälle erzeugten und wo man jetzt

die Tierversuche einfach ausgelassen hat und Menschenversuche stattfinden mittels Zahlenmanipulationen Notfallzulassungen erwirkt wurden im Wissen das dadurch zahlreiche Impfschäden auftreten werden und zahlreiche künftige kranke leidende Pharmakunden produziert werden. läuft

2. **Gesetzgebung entwickeln** mittels Lobbyisten und Parteischmiergelder läuft
3. **Pharmadienliches Narrativ verbreiten**. Hohe Lebensgefahr & Lebensgefährder, NUR regelmässiges Impfen ist die Lösung und alleiniger Heilsbringer läuft
4. Mittels Regierungskontakte (Lobbyisten & Schmiergeld) erwirken, **dass Steuergelder für die Gentherapie verwendet** werden um die finanzielle Belastung nicht auf den Geimpften direkt sondern diese finanzielle Belastung unsichtbar zu machen. läuft
5. Durch Lobbyismus weiter heiter verhindern, dass die **Impfschädenmeldungen zeitlich aufwendig sind und nicht finanziell den Ärzten abgegolten werden** um nur jeden 20.ten Impfschaden öffentlich zu machen und das tatsächliche Ausmass zu vertuschen.
6. Elektronische Impfpässe durch die von der Pharma & Gates finanzierte WHO einführen lassen um **das Impfstoffgeschäft zu maximieren**. läuft
7. Die **CIA und Brigade 77** vom englischen Geheimdienst dazu einzuspannen um alle **mRNA-Gentherapiekritiker zu diffamieren, zu zensieren, zu löschen, zu verfolgen**, ... läuft
8. **Den erhofften Return of investment in der Höhe von 200 Milliarden Dollar für Bill Gates** Investment durch weltweites Dauerimpfen zu erreichen und die eingerichtete Goldgrube ausbeuten und fett Kassa machen.
9. **Den enormen Pharmaeinfluss in der WHO weiter heiter finanziell aufrecht erhalten und die WHO als Pandemie-Alarmist** weiter heiter für Geschäft nutzen.
10. **Die Medien weiter heiter finanziell und informell anfüttern um unsere gewinnträchtige mediale Impfstoffpropaganda** in alle Köpfe zu schleusen und die öffentliche Meinung zu beherrschen.
11. **Verträge mit YouTube und Facebook um Kritiker zu zensieren.**
12. **Sponsoring Faktenchecker um öffentliche Meinung zu gestalten.**
13. **Medienkooperationsverträge wie bisher. Wer zahlt, schafft an.**

14. Weiter heiter Ärzte, Apotheker und Einkäufer von Kliniken finanziell zur Seite stehen, eh klar.

Klaus Schreiner

Einschätzung: Die größten nachhaltigen Gewinnfelder der haftungsbefreiten skrupellosen gewinnorientierten Pharma sind neben Tests **die milliardenteuren sinnbefreiten unwirksamen experimentellen bedingt zugelassenen mRNA-Gentherapien** auf Steuergeldkosten und künftig die vielen Millionen medikamentösen Behandlungen von Impfschäden, schweren Nebenwirkungen wie Steigerung von Krebswachstum, Organerkrankungen, Autoimmunerkrankungen, Immunschwächen und dadurch häufiger auftretende Infekte und Krankheiten, Herzerkrankungen, Nervenerkrankungen, Hauterkrankungen, Thrombosen, Embolien, Entzündungen u. v. m... da werden möglicherweise wie es aussieht durch die mRNA-Gentherapien die **gewinnträchtigen kranken Pharmakunden der Zukunft erzeugt**. Wenn es stimmt, dass die Impfschäden inkl. Dunkelziffer ca. 4-5 % Nebenwirkungen aller Gentherapierten sind (davon ca. 1/3 schwerer Impfschäden) **wird unser Gesundheitssystem dann personell und finanziell mit Sicherheit überlasten**. Die fast weltweite erhebliche plötzliche Übersterblichkeit seit 2. Quartal 2021 in den Altersgruppen 15 - 39 ist sehr alarmierend, wie auch die enormen Steigerungen vieler Krankheiten des US-Militärs eigentlich nur im Zusammenhang mit der hohen Impfquote der Soldaten stehen kann, da nicht 8,5 Millionen Soldaten plötzlich alle ihren Lebenswandel auf gesundheitsschädlich bis tödlich **umgestellt haben?! Wer solche enormen Impfschäden verleugnet (ist dumm) oder verheimlicht (ist ein Verbrecher und Psychopath) Gute Nacht Österreich, ich hoffe morgen sind alle AUFGEWACHT und haben keine Informationsdefizite, Wissenslücken, Evidenzlosigkeit und Erkenntnisdefizite mehr. Information/Wissen ist eine Hohlschuld.**

Michaela Eva Matz

Ja dieser Mann hat meinen höchsten Respekt, einer der tatsächlich seine Bevölkerung schützt und unterstützt...ich hätte gerne ihn anstatt diese Verbrecherbande die die Bevölkerung absichtlich vergiftet und ausbeutet, die sich hat vom Deep State kapern lassen! Er macht nicht mit bei den Verbrechen dieser unmenschlichen Agenda des Weltwirtschaftsforums, er hat seine Leute nicht in die Giftspritze gezwungen, übrigens der russische Impfstoff war bei uns hier nicht zugelassen, warum wohl, denkt mal nach! Und denkt mal nach warum er von der westlichen Lügenpresse die in der Hand des Tiefen Staates ist so dargestellt wird! - Ja richtig weil er der Feind des Tiefen Staates ist und die Agenda demontiert

https://www.focus.de/gesundheit/news/die-nuvaxoxid-erneuechterung-novavax-galt-als-hoffnungstraeger-jetzt-will-es-kaum-einer-haben_id_63720667.html

Ansturm bleibt aus

Die Novavax-Ernüchterung: Impfstoff galt als Hoffnungsträger, jetzt will ihn keiner



IMAGO/Beautiful Sports

Montag, 07.03.2022, 13:13

Seit einer Woche wird in Deutschland der neue Novavax-Impfstoff verimpft. Er sollte neuen Schwung in die Impfkampagne bringen. Doch erste Berichte aus Impfzentren und Arztpraxen sind ernüchternd. Nur wenige lassen sich nun mit Nuvaxoxid impfen.

Erste Bundesländer hatten am vergangenen Wochenende den neuen Impfstoff namens Nuvaxoxid verabreicht, weitere zogen im Laufe der Woche nach. Zuletzt zählte das Robert Koch-Institut (RKI) knapp 15.000 Dosen Nuvaxoxid, die als Erstimpfung verabreicht wurden.

Bei dem Impfstoff des US-Herstellers handelt es sich um einen **Proteinimpfstoff** - also eine andere Technologie als bei den bisher zumeist eingesetzten mRNA-Präparaten von Pfizer/Biontech und Moderna, gegen die manche Menschen Bedenken haben.

Damit sollte der Novavax-Impfstoff eine Alternative sein für all jene, die Vorbehalte gegen mRNA-Impfstoffe haben. Immer wieder hatten auch Pflegenden, die noch nicht geimpft sind, angeführt, dass sie auf einen Totimpfstoff warten würden. Aber ob sich das in breiterem Umfang auswirkt, ist nicht sicher. So meldete der Deutsche Städtetag rückblickend auf die ersten Impftage mit Nuvaxoxid wenig Interesse an dem Stoff. „In den Impfzentren haben wir noch keinen Run auf den neuen Novavax-Impfstoff beobachtet“, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy den Zeitungen des „Redaktionsnetzwerks Deutschland“ (RND).

Ungeimpfte weiterhin „schwer zu überzeugen“

Wie aus den Kommunen zu hören sei, bekämen die Impfzentren die Termine derzeit nicht voll. Das neue Vakzin wird in Impfzentren verimpft und durch mobile Impfteams geliefert. In

einigen Bundesländern steht es auch bereits in Arztpraxen zur Verfügung. Doch auch dort scheint es derzeit keine erhöhte Nachfrage zu geben.

„In den Praxen gibt es bislang nur vereinzelte Nachfragen von Patientinnen und Patienten zu dem Novavax-Impfstoff“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Hausärzteverbands, Ulrich Weigeldt, dem RND. Weigeldt weiter: „Nach aktuellem Stand ist es zumindest fraglich, ob der neue Impfstoff zu einer signifikanten Steigerung der Impfquoten führt.“ Ungeimpfte seien weiterhin „nur schwer zu überzeugen“.

Dabei war die Hoffnung vor wenigen Wochen noch groß gewesen, mit dem neuen Vakzin nun auch jene zu erreichen, die bislang beim Impfen gezögert hatten: Die Nachfrage sei lokal bereits groß, hatte die „[Tagesschau](#)“ rund vier Wochen vor dem Impfstart berichtet. Ab dem 24. Januar konnten sich Menschen in Rheinland-Pfalz für eine Impfung mit Nuvaxoxid anmelden, 9139 Menschen hätten dies binnen der ersten vier Tage bereits getan – das seien so viele Anmeldungen für eine Erstimpfung wie in den vergangenen drei Monaten zusammen.

Novavax ein „Gamechanger? Leider nein“

Nach einer Modellrechnung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein ist durch Nuvaxoxid kein kräftiger Anstieg der Erstimpfungen zu erwarten. „Ist der Impfstoff ein Gamechanger? Da müssen wir leider sagen: Nein“, sagte Datenanalyst Miguel Tamayo, der die Zahlen erläuterte.

Im Gebiet der KV Nordrhein gebe es ab 18 Jahren gut eine Million Ungeimpfte. Umfragen einer bundesweiten Studie zufolge hätten sich 16 bis 20 Prozent der Ungeimpften deshalb nicht impfen lassen, weil sie mRNA-Impfstoffe nicht trauten oder weil sie sich eher mit Nuvaxoxid impfen lassen wollten. Das wären 170.000 bis 211.000 zusätzliche Erstimpfungen. Das würde die Erstimpfungsquote um 1,75 bis 2,18 Punkte anheben. „Das ist das, was wir so in drei Wochen auch ohne Novavax schaffen würden“, erklärte Tamayo.

Lauterbach spricht von „Verhetzung“

Auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach äußerte sich bereits pessimistisch. Das Präparat könne aktuell „nicht wirklich erfolgreich“ verimpft werden. „Wir versuchen das natürlich, wir kämpfen dafür“, sagte der [SPD-Politiker](#) am Donnerstagabend bei einer Online-Diskussion der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.

Mittlerweile sei aber auch eine „Verhetzung“ dieses Impfstoffes durch Impfgegner in sozialen Medien weit fortgeschritten, so dass er nicht wirklich platzierbar sei. Der einzige Weg, deutlich voranzukommen, sei eine allgemeine Impfpflicht.

Hoffnungsvoller zeigt sich Helmut Dedy vom Deutschen Städterrat. Trotz seiner negativen Erstbilanz betonte er gegenüber dem RND: „Noch ist es aber zu früh, aus der Zurückhaltung der ersten Tage Schlüsse zu ziehen. Wir wollen es schaffen, noch mehr Menschen zu

einer **Corona**-Impfung zu bewegen.“ Der Impfstoff von Novavax habe das Potenzial, „jene Menschen zu erreichen, die skeptisch gegenüber den bisherigen Corona-Impfstoffen sind“.

Warum wollten manche Menschen auf Novavax-Impfstoff warten?

Die am häufigsten in Deutschland verabreichten Impfstoffe - die Mittel von Biontech/Pfizer und Moderna - sind mRNA-Impfstoffe. Vor Corona gab es noch keine zugelassenen Impfstoffe auf mRNA-Basis. Manche Menschen macht das misstrauisch. Wie auch die Vektorimpfstoffe von Johnson & Johnson und Astrazeneca basieren mRNA-Impfstoffe darauf, dass unsere Körperzellen einen kleinen Teil des Virus - das Spike-Protein - selbst herstellen. Dadurch wird eine Immunantwort ausgelöst, die uns schützt. Der Novavax-Impfstoff basiert hingegen auf einem klassischeren Verfahren.

Wer wird mit Novavax geimpft?

Novavax wurde von der Ständigen Impfkommission (Stiko) für Menschen ab 18 Jahren empfohlen. Im Abstand von rund drei Wochen sollen zwei Dosen zur Grundimmunisierung gegen das Virus geimpft werden, hieß es. Zunächst geht der Impfstoff an die Personen, die von der einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffen sind, welche ab 16. März gelten soll. Hierfür sind 75 Prozent der verfügbaren Menge eingeplant.

Weitere 20 Prozent werden für Personen reserviert, denen eine Unverträglichkeit in Bezug auf die vorhandenen mRNA-Impfstoffe ärztlich attestiert wird. Fünf Prozent der Dosen stehen dann der Allgemeinbevölkerung zur Verfügung.

**UND WARUM DIESEN „IMPFSTOFF“
KEINER WILL, KANN MAN HIER
NACHLESEN!**

https://report24.news/dr-jane-ruby-die-toedliche-realitaet-von-novavax-keine-sichere-alternative-zu-mrna/?feed_id=13077&fbclid=IwAR2H-zSZZ4XBix8vtEpuwhGbdPljDMKaCDZR8i4W3a_Pv4yt-7tHUs6N00

- [CORONA, GESUNDHEIT](#)

Dr. Jane Ruby: „**Die tödliche Realität von Novavax**“ – Keine sichere Alternative zu mRNA

- 07. März 2022



Bilder: Screenshots Dr. Jane Ruby, Vaccine via freepik / user7350813

Die Expertin für Arzneimittelentwicklung Dr. Jane Ruby ist es leid zu hören, dass der Covid-19-Impfstoff des Herstellers Novavax eine sichere Alternative zu den mRNA-Präparaten von Pfizer oder Moderna sein soll. Dass es sich um einen klassischen Impfstoff handelt, der ohne mRNA-Technologie auskommt. In einem Video erklärt sie die Grundprinzipien seiner Herstellung, **die derlei Behauptungen widerlegen.**

Dr. Jane Ruby ist Gesundheitsökonomin und langjährige Expertin in pharmazeutischer Forschung in Washington DC. Stets willkommener Gast des Radio- und Fernsehmoderators **Stew Peters**, hostet sie seit September des Vorjahres auf **stewpeters.tv** auch ihr **eigenes Format**.

Hinsichtlich der potentiellen Gefahren der Impfstoffe gegen Covid-19 nahm und nimmt Ruby kein Blatt vor den Mund. Ihre Kritik schließt **NVX-CoV2373**, den vom US-Unternehmen **Novavax** produzierten Covid-Impfstoff (europäischer Handelsname: Nuvaxovid) **mit ein.** Auch dieser, hält sie fest, **nutzt mRNA-Technologie und führt zur Bildung von synthetischen, toxischen, pathogenen Spike-Proteinen.** Es handelt sich nicht um einen Impfstoff. Aber auch mit der Bezeichnung *treatment* / Behandlung hat Ruby ihre Schwierigkeiten, da eine Behandlung – beispielsweise das Auftragen einer Salbe auf eine Brandwunde – etwas ist, das die Heilung verbessern soll. Ihre persönliche Definition der Covid-Impfstoffe lautet: **„Toxic, poisonous, intent-to-kill-in-a-certain-timetable – products,“** (deutsch: toxische, giftige Produkte mit der Absicht, innerhalb eines gewissen Zeitraums zu töten).

Gentechnisch hergestellte Spike-Proteine mit Immun-Booster: hochexperimentell

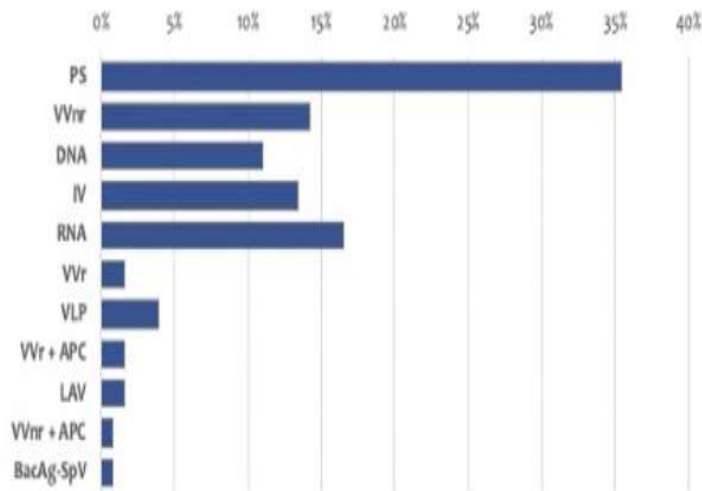
Report24.news berichtete: Dr. Wolfgang Wodarg führte in **Sitzung 77 (Schrödingers Impfkatze)** der **Stiftung Corona Ausschuss** aus, dass sich laut **WHO Covid-19 vaccine tracker** mit Stand 4. Oktober 2021 weltweit 128 Impfstoff-Kandidaten in der Pipeline befanden. Die präsentierten Folien finden sich zudem auf seiner **Webseite**.

WHO Covid-19 vaccine-tracker Stand 4.Okt.2021

3.- Candidates in clinical phase

Filter: Select phase of development (default is all)

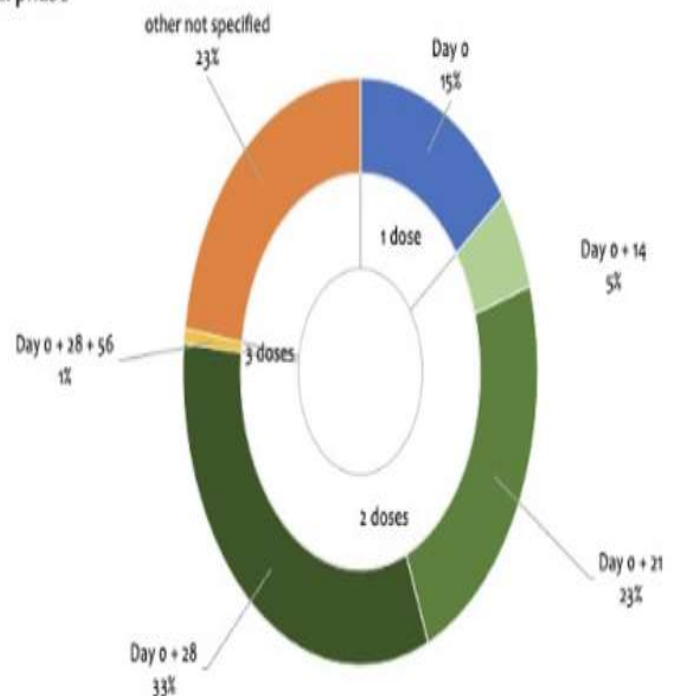
Platform		Candidate vaccines (no. and %)
PS	Protein subunit	45 35%
Wnr	Viral Vector (non-replicating)	18 14%
DNA	DNA	14 11%
IV	Inactivated Virus	17 13%
RNA	RNA	21 17%
VVr	Viral Vector (replicating)	2 2%
VLP	Virus Like Particle	5 4%
VVr + APC	VVr + Antigen Presenting Cell	2 2%
LAV	Live Attenuated Virus	2 2%
Wnr + APC	Wnr + Antigen Presenting Cell	1 1%
BacAg-SpV	Bacterial antigen-spore expression vector	1 1%
		128



4.- Number of doses, schedule and route of administration of candidates in clinical phase

Number of doses & schedule	Candidate vaccines (no. and %)
1 dose	19 15%
Day 0	19
2 doses	79 62%
Day 0 + 14	7
Day 0 + 21	30
Day 0 + 28	42
3 doses	1 1%
Day 0 + 28 + 56	1
TBD / No Data (ND)	29 23%

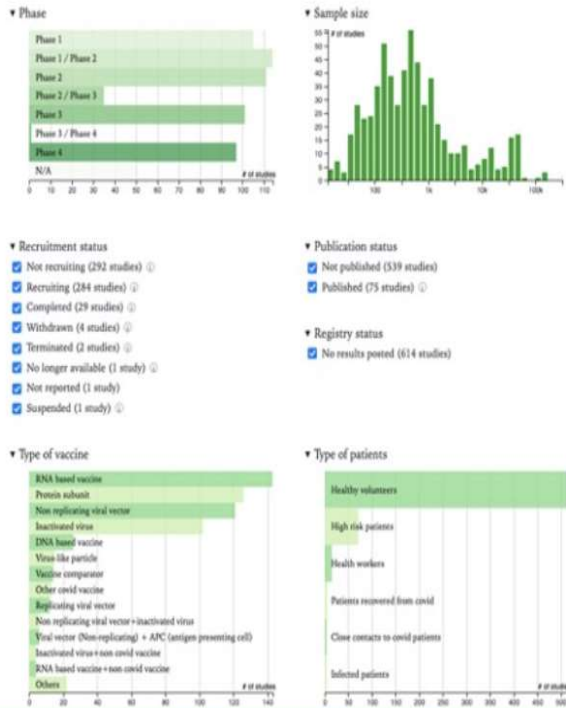
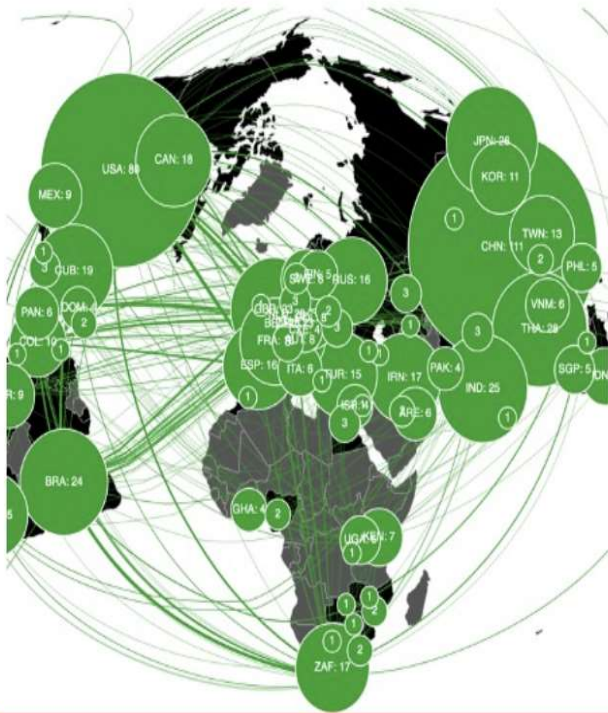
Route of administration			
Oral		4	3%
Injectable		108	84%
SC	Sub cutaneous	5	4%
ID	Intra dermal	4	3%
IM	Intra muscular	99	77%
IN	Intra nasal	8	6%
TBD / No Data (ND)		16	13%



Vaccine tracker WHO / Screenshot www.wodarg.com

Er erläuterte die Besonderheiten der einzelnen Typen und gab einen Überblick über die globale Studienlage:

Quelle <https://covid-nma.com/vaccines/mapping/>



Weltweite deregulierte Massenexperimente- häufig unter Druck und ohne aufgeklärte Zustimmung! (Nürnberger Kodex!)

Studien weltweit / Screenshot www.wodarg.com

Aus den Daten geht hervor, dass zwei der Studien sogar mit replizierenden viralen Vektoren arbeiten. Dabei handelt es sich laut Wodarg um **gentechnisch veränderte Viren**, welche die Fähigkeit haben, sich selbst im Körper zu vermehren und die wahrscheinlich auch weitergegeben werden können.

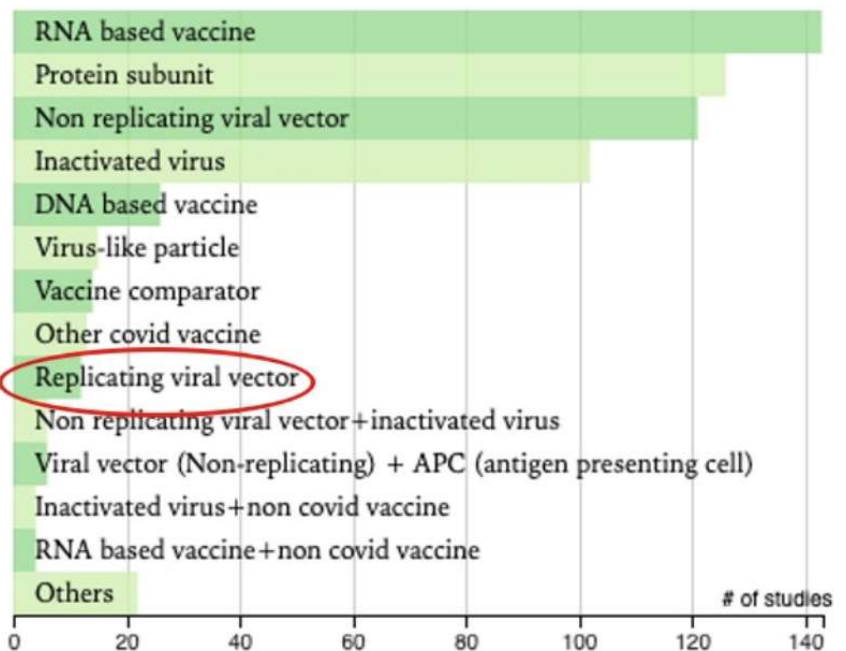
Type of vaccine

Quelle <https://covid-nma.com/vaccines/mapping/>

Ethische Tabus werden mit Hilfe der Schock-Strategie überrumpelt.

Sogar zwei Studien mit selbstreplizierenden Vektoren.

Weshalb hört man keinen Alarm der „Ethik-Kommissionen“ ?



Selbstreplizierende Vektoren / Screenshot www.wodarg.com

Hinsichtlich der oftmals als „klassische“ Impfstoffe bezeichneten Präparate Valneva und Novavax äußerte sich der Lungenfacharzt eindeutig. Weder bei dem einen, noch bei dem anderen handelt es sich um einen herkömmlichen, konventionellen Impfstoff:

NOVAVAX (USA) NVX-CoV2373

Der Impfstoff von Novavax enthält Spike Proteine die aus der genetischen Sequenz von SARS-CoV-2 mit Hilfe der rekombinanten Nanopartikeltechnologie entwickelt wurden.

Gentechnisch hergestellte Spike-Proteine mit Immun-Booster : Hochexperimentell!

Er wird mit der patentierten Matrix-M™ auf Saponinbasis von Novavax adjuvantiert, um die Immunantwort zu verstärken.

Matrix-M soll den Eintritt von Antigen-präsentierenden Zellen in die Injektionsstelle stimulieren und die Antigenpräsentation in den lokalen Lymphknoten verstärken.

Wiss. Berichte: https://www.researchgate.net/publication/256200641_Matrix-M_adjuvant_Enhancing_immune_responses_by_setting_the_stage_for_the_antigen

Zulassungsstudien (Phase 3) seit Dez 2020 in GB , Mexico, USA,
Gleichzeitig noch Phase 2/2b in Südafrika gegen „neue Variante“
Und Fortsetzung Phase 1 / 2 in USA und Australien.
Lagerung bei 2-8 Grad Celsius,, Lieferung in Fläschchen mit 10 Dosen

Novavax / Screenshot www.wodarg.com

Es handelt sich um eine neue, unerprobte Technologie, die auf Nanopartikeln und Adjuvantien beruht. Die Spike-Proteine sind künstlich hergestellt und stammen nicht von „echten“ Viren – es ist somit auch kein Totimpfstoff.

Valneva (France/Austria) VLA 2001

VLA2001 ist ein inaktivierter adjuvantierter Ganzvirus-Impfstoff gegen COVID-19

VLA2001 wird auf eigener Vero-Zell-Plattform angezüchtet.

Enthält chemisch inaktivierte Viren, um die native Struktur des S-Proteins zu erhalten.

Kühlkette (2 bis 8 Grad Celsius).

Adjuvantien:

Alaun: Sulfatsalz von Aluminium und Kalium mit der Summenformel $KAl(SO_4)_2 \cdot 12 H_2O$ (Stabilisator, antibakteriell)

CpG 1018*: Es zielt auf einen definierten Rezeptor (TLR9), der nur auf einigen wenigen wichtigen Zelltypen vorkommen soll. CpG 1018 ist eine kurze (22-mer) Oligonukleotidsequenz mit CpG-Motiven, die sowohl bei Nagern als auch bei Primaten aktiv ist. Bei CpG handelt sich um Nucleinsäuren, die als Nanopartikel in die Zellen gebracht werden (1) .

Das CpG-Oligodesoxynukleotid (ODN) ist eine kurze einzelsträngige synthetische DNA, deren Sequenz aus einem Cytosintriphosphatid ("C") und einem Guanintriphosphatdesoxynukleotid ("G") besteht. Das "p" steht für die Phosphodiesterbindung zwischen den aufeinanderfolgenden Nukleotiden. C befindet sich am 5'-Ende und G befindet sich am 3'-Ende. Die CpG-Sequenz ist in der DNA von Bakterien und anderen Prokaryonten weit verbreitet, ihre DNA-Sequenzen enthalten eine hohe Frequenz von CpG-Dinukleosiden (etwa 1/16), die die Phytozyten von Mäusen und Menschen stimulieren können.

* Schon benutzt bei Hepatitis Vaccine HEPLISAV-B® (FDA)

Development of the CpG Adjuvant 1018: A Case Study

John D Campbell → PMID: 27718183

DOI: [10.1007/978-1-4939-6445-1_2](https://doi.org/10.1007/978-1-4939-6445-1_2)

Das ist gesetzlich Gen-Therapie zur Beeinflussung des Immunsystems.

Valneva / Screenshot www.wodarg.com

„Das ist **keine nicht-gentechnische Impfung**. Da sind zwar ganze Viren drin. Aber die Adjuvantien, **das ist pure Gentechnik**. (...) Das heißt, hier wird kein Virus dann erzeugt, aber hier werden **Immunzellen durch Genterapie** – nach der Definition ist das Genterapie – verändert. Das ist überhaupt noch nicht diskutiert, das hat noch keiner in Frage gestellt. **Ich finde, das ist ein Skandal**. Die tun so, als wär da jetzt endlich mal ein normaler Virus verimpft und das ist so wie eine normale Impfung. Nein. Hier werden **Nukleinsäuren gespritzt, die bestimmte Immunzellen hochkitzeln sollen**. **Mit Nanotechnologie wird das in diese Immunzellen reingebracht.**“

Wolfgang Wodarg

Lesen Sie dazu auch: [Dr. Wodarg antwortet: Gentechnik bei Novavax und Valneva, Shedding und mehr](#)

Ruby: „**Die tödliche Wirklichkeit von Novavax**“*

„Wenn Sie die Schritte, die bei der Produktion dieser Injektionen involviert sind, wirklich verstehen, glauben Sie wahrscheinlich weniger diesen Mist, dass es sich dabei um traditionelle Impfungen handelt. Oder dass es sicherer ist als der Rest. Oder dass es keine mRNA-Technologie ist,“ erklärt Dr. Ruby die Motivation für die Themenwahl dieser Folge ihrer Show. Sehen Sie hier, weswegen die Expertin diese vielfach kolportierten Behauptungen **als glatte Lügen bezeichnet**:

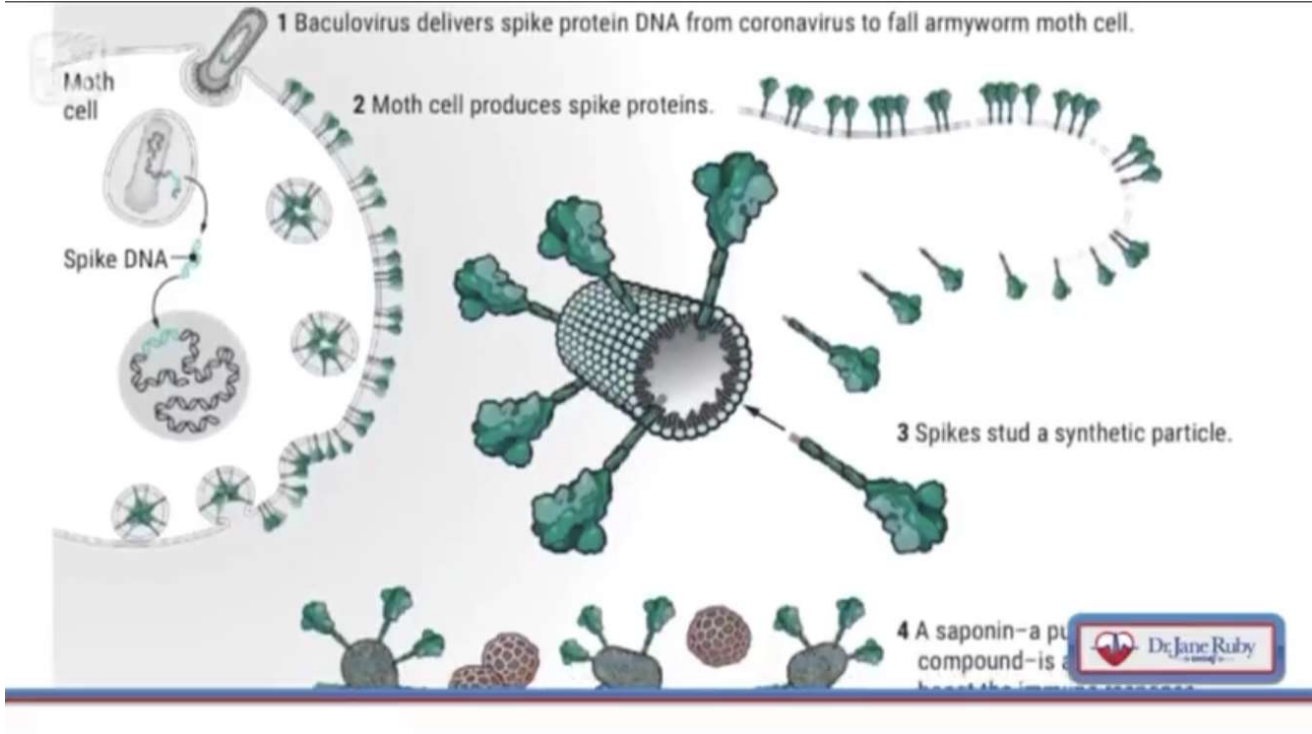
Folgende Ausführungen gibt Dr. Ruby zum Herstellungsvorgang von NVX-COV2373:

Es wird **CRISPR-Technologie** eingesetzt: *Clustered Regularly Interspaced Short Palindromic Repeats*. **Genome Editing** ist eine biochemische Methode zur Entfernung oder **Einfügung von DNA**.

Weiters wird, anstatt mRNA direkt in den Menschen zu injizieren, diese in **Baculoviren** eingebracht. Deren DNA wird benötigt, um Spikes zu produzieren.

Mit diesen Baculoviren werden anschließend Motten (**Spodoptera**) infiziert. Diese produzieren in weiterer Folge die Spike-Proteine, welche dann „geerntet“ und in eine Graphen-Schicht eingebettet werden. Es wird verfestigt und das **Adjuvans** wird beigegeben.

Hinzugefügt wird auch **Matrix-M**. Dabei handelt es sich um ein Adjuvans aus Saponin-Nanopartikeln. **Saponine** werden u.a. aus Bäumen gewonnen. Für den Menschen ist Saponin eine hoch reizende Chemikalie (**Sicherheitsdatenblatt**).



Screenshot Dr. Jane Ruby

Sind Sie damit einverstanden?

Zusammenfassung:

Dr. Ruby: „*You have moths infected with a Baculovirus that are encasing this mRNA with a toxic code. Then it integrates with the moth-DNA to produce billions of spikes that are then extracted by the company and embedded onto graphene sheets and then surrounded by tons of saponin. And then the human is injected with that. Are you ok with that?*“

Ins Deutsche übersetzt: „Es werden Motten mit dem Baculovirus infiziert, die diese mRNA mit einem toxischen Code umhüllen. Dies integriert mit der Motten-DNA, um Milliarden von Spikes zu produzieren, die dann vom Unternehmen geerntet, auf Graphen-Schichten aufgebracht und von Tonnen von Saponin umgeben werden. Und dann wird der Mensch damit injiziert. Sind Sie damit einverstanden?“

Motten-DNA integriert?

Dr. Ruby ist überzeugt: Dieser Covid-19-„Impfstoff“ ist ebenso gefährlich wie die anderen. Er hat lediglich eine andere Vorgehensweise. Möglicherweise werden mit den Spikes auch Teile der DNA eines anderen Tieres, der Motte, verabreicht. „Wir haben keine Ahnung, was dieser Code signalisiert, wie die Spikes zu machen sind und wozu sie imstande sein werden. Nicht einmal kurz- oder mittelfristig,“ betont die Expertin. „Das ist gefährlich. Es ist verrückt und es ist keine sichere Alternative. Das ist kein Impfstoff.“ Hört auf, der Furcht nachzugeben. Es ist Zeit, Nein zu sagen.“

* Dr. Ruby's Einstieg ins Thema, Min. 1.20: „Let's start with this bioweapon-mania. We're going to talk today about the deadly realities of Novavax.“

https://www.anti-spiegel.ru/2022/das-vertrauen-der-russen-zu-praesident-putin-ist-stark-gestiegen/?fbclid=IwAR3Y9-0-fhb_9Ee6Gbxw4woK-qMnY4Sg1IguhKgDOd6trLyl7wl0gAeUytE

Umfrage

Das Vertrauen der Russen zu Präsident Putin ist stark gestiegen

Eine erste Umfrage nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine hat ergeben, dass das Vertrauen der Russen in Wladimir Putin stark gestiegen ist.



von Anti-Spiegel

2. März 2022 01:54 Uhr

Ich habe bisher nicht über die Stimmung in Russland nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine berichtet, denn es gab noch keine Umfragen und mein persönlicher Eindruck ist natürlich subjektiv. Trotzdem will ich kurz aus eigenem Erleben berichten, bevor ich zu der Umfrage komme. In meinem Freundes- und Bekanntenkreis gibt es zu dem Thema alle Meinungen und in meinem Freundeskreis sind auch Putin-Kritiker. Die Meinungen gehen von Ablehnung der Militäroperation als „Schande Russlands“ bis zu „**endlich wird der Donbass vom Krieg erlöst!**“

In sozialen Netzwerken, die natürlich vor allem jüngeren und eher Putin-kritischen Russen genutzt werden, überwiegt (gefühl) Ablehnung der Militäroperation mit Hashtags wie „KeinKrieg“ oder „Schande“. Aber es gibt auch die gegenteilige Meinung und heute ging dieser Post mit folgendem Text herum:

„Die Menschen sind in zwei Lager geteilt.
Die Einen wollen seit acht Jahren Frieden, die anderen seit fünf Tagen“



**ЛЮДИ РАЗДЕЛИЛИСЬ НА
2 ЛАГЕРЯ.
ОДНИ ХОТЯТ МИРА УЖЕ 8
ЛЕТ, ДРУГИЕ - ПЯТЫЕ
СУТКИ.**

Vor einigen Tagen hat mich eine junge Frau von gerade 18 Jahren sehr überrascht, denn sie war – entgegen meiner Erwartung – sehr mit Putins Entscheidung, dem Donbass endlich zu helfen einverstanden und sagte mir auch, dass das für die meisten ihrer Freunde gelte. Da die jungen Russen wie gesagt eher Putin-kritisch sind, hatte ich das nicht erwartet.

Aber mein Stimmungsbild natürlich nicht objektiv und ich habe mit einigen Berichten über die Stimmung in Russland gewartet, bis es erste Umfragen gibt. Nun habe ich die erste gefunden. Das russische Fernsehen hat darüber berichtet und ich habe den kurzen [Artikel des russischen Fernsehens](#) darüber übersetzt.

Beginn der Übersetzung:

Das Vertrauen der Russen in Präsident Wladimir Putin ist innerhalb einer Woche von **60 % auf 71 % gestiegen**. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Stiftung für öffentliche Meinung.

18 % haben kein Vertrauen in das Staatsoberhaupt. 11 % der Befragten fanden es schwierig, diese Frage zu beantworten.

71 % der Befragten bewerteten die Arbeit von Wladimir Putin gut, 15 % bewerteten sie schlecht. 14 % fanden es schwierig, die Frage zu beantworten.

Die Umfrage wurde vom 25. bis 27. Februar an 104 Orten in 53 Regionen des Landes durchgeführt. Insgesamt nahmen 1.500 Personen an der Umfrage teil.

Ende der Übersetzung

Übrigens will ich noch kurz berichten, dass ich von dem, was in Deutschland über Schlangen an Geldautomaten in Russland berichtet wurde, nichts bemerkt habe. Zwar hat der Rubelkurs stark nachgegeben und ist derzeit sehr volatil, aber Bargeld kann man überall bekommen und auch Kreditkarten funktionieren (noch) problemlos.

Aki Myshkin

Wer sich jetzt in der Ukraine-Debatte empört, aber die Namen Nuland, Jazenjuk und Azov Battalion noch nie gehört hat, der ist LOST und hat nichts in dieser Debatte verloren. Ihr seid diejenigen, die sich für diesen Konflikt erst seit einem Monat interessieren und jetzt virtue signalling und heuchlerische Empörung praktiziert. Ihr solltet euch einfach schämen in diesem komplexen Konflikt euer Maul aufzureißen.

Aki Myshkin

Ich kann euch allen nur den Stream von HasanAbi empfehlen, einer der größten und besten linken Streamern, der sich fast jeden Abend die Zeit nimmt um jede Nuance von diesem Konflikt zu beleuchten und zu analysieren <https://www.twitch.tv/hasanabi>

Freie Medien

🟡 Klare Worte eines Hirnforschers zur Menschheitsgeschichte. Angst ist leider immer noch ein lukratives Geschäftsmodell, das viele Menschen im »Kopfkäfig« gefangen hält. Aber wenn das Bewusstsein wächst und wir aufwachen, löst sich dieser Käfig schließlich in Luft auf und

wir können das Geschehen wieder klarer betrachten. »Man sieht nur mit dem Herzen gut!« - das wusste schon der »kleine Prinz« aus Antoine de Saint-Exupéry's berühmter Erzählung 🍌



Seelja Aril

Folgen nun Seitens der nationalsozialistischen ukrainischen Regierung Verzweiflungs-Aktionen in Form von **False-Flag-Aktionen**, um den Westen noch mehr gegen Russland aufzuhetzen...?

Auch wenn es so manchen Ukraine-Beklatscher nervt, aber - die Ukrainische Regierung sind schon seit 8 Jahren illegal an der Macht und sind NICHT die Guten....

—
Aus der Übersetzung der russischen Quelle:

MOSKAU, 7. März

Verteidigungsministerium: Kiew bereitet eine Provokation mit einem Atomreaktor in Charkow vor. Das Verteidigungsministerium gab bekannt, dass der **SBU eine Provokation zur Sprengung eines Atomreaktors in Charkow vorbereitet**. Der Sicherheitsdienst der Ukraine bereitet zusammen mit Nationalisten eine Provokation mit einer möglichen radioaktiven Kontamination des Gebiets in der Region Charkow vor, teilte das russische Verteidigungsministerium mit. Nationalisten haben nach Angaben des russischen Militärs einen Reaktor in einer experimentellen Nuklearanlage am Charkower Institut für Physik und Technologie **vermint**.

<https://ria.ru/20220307/provokatsiya-1776990320.html>



Die SBU (Inlandsgeheimdienst der ukrainische Regierung) und die Kämpfer des Asow-Bataillons planen, die experimentelle Nuklearanlage in Charkow zu sprengen und dann die russischen Streitkräfte zu beschuldigen, angeblich einen Raketenangriff auf die Anlage durchgeführt zu haben. Europa wäre atomar verseucht.

Quelle: <https://ria.ru/20220307/provokatsiya-1776990320.html>



Ahh, da kenne ich ein gutes Buch. Aber von Prof. Dr. David Ray Griffin, der amerikanische 09/11 Spezialist, der 9-10 Bücher (5 habe ich gelesen) über 09/11 und Amerika geschrieben hat, die ich ALLEN Lesern sehr empfehlen kann. Es gehört einfach mehr gelesen und zwar Sach- und Fachbücher!



Patrick Fetz ·

Der Westen, NATO liefert seit 8 Jahren, Waffen an das ukrainische Azov Nazi-Battalion und die verehren Bandera in der West-Ukraine!

Von Wikipedia!

Die Einordnung von Banderas Wirken und seiner Person ist in der Ukraine sehr umstritten. Im Osten des Landes, aber auch in Polen, Russland und Israel, gilt er überwiegend als **NS-Kollaborateur und Kriegsverbrecher**. Im Westen der Ukraine wird er hingegen von vielen Ukrainern als Nationalheld verehrt.[1] Von einigen Faschismusforschern wie Per Anders Rudling und Grzegorz Rossoliński-Liebe wird er als **überzeugter Faschist** bezeichnet.[2][3]9





https://www.operanewsapp.com/de/de/share/detail?news_id=ce2731380272442c1844cb88e5054331&news_entry_id=26d6cda7220304de_de&open_type=transcoded&from=newseu&request_id=share_request&fbclid=IwAR12m3Mh6bx9rqTtawxSEXrrcTEJI-NeIk3XUSGSj9xGVDwebST87TW3xD8

Faktencheck: Emotionales Abschiedsvideo von ukrainischen Soldaten stammt aus einem Film



The War of Chimeras \ Війна химер (2017) - Trailer

61.635 Aufrufe **07.07.2017**

MAG ICH

MAG ICH NICHT

TEILEN

SPEICHERN

YouTube The War of Chimeras (2017)

Email: aktivist4youat@gmx.at – Blog: www.aktivist4you.at

Ein Video aus der Ukraine zeigt eine rührende Szene, in der ukrainische Soldaten von ihren Partnerinnen Abschied nehmen. Hunderttausende User reagieren auf das Video - aber es hat nichts mit dem aktuellen Krieg zu tun.

Behauptung: *"Ukrainische Soldaten verabschieden sich von ihren Frauen und ziehen in den Krieg. Bitte kommt bald wieder"*, schreibt ein Twitter-Nutzer.

Sein Video wird mehr als 160.000 Mal angesehen. Auch auf [Facebook](#) und [TikTok](#) posten Nutzer das kurze Video mit ähnlichen Beschreibungen. Unter den Hunderttausenden Reaktionen auf die Szene sind viele emotionale Äußerungen der Unterstützung für die Ukraine und es werden täglich mehr.

[Der Mythos vom "Geist von Kiew"](#)



DW Faktencheck: **Falsch.**

Das oft geteilte Video ist nicht aktuell und damit auch nicht aus dem derzeitigen [Krieg in der Ukraine](#). Es datiert von 2017 und stammt **aus einem Film: "The War of Chimeras"** heißt das Doku-Drama von zwei ukrainischen Filmemacherinnen und erzählt die Geschichte von einem Soldaten, der in der [Schlacht um Ilowajsk](#), einem Kampf zwischen russischen und pro-russischen Separatisten auf der einen Seite und ukrainischen Einheiten auf der anderen Seite, kämpft. Der Film hat auch einen Eintrag in der Filmdatenbank [IMDB](#). Die Schlacht fand 2014 nahe der ukrainischen Stadt Donezk statt. Ein Trailer zum Film zeigt unter anderen einen Ausschnitt des in den sozialen Medien geteilten Clips.

Man findet die Verbindung zwischen dem viralen Video und dem Film über eine Bilderrückwärtssuche, zum Beispiel über die Plattform [Yandex](#), wo man auf zahlreiche Treffer dazu stößt. Wie Bilderrückwärtssuchen funktionieren und wie man auch manipulierte Bilder erkennt, erklären wir [hier](#).

Bei weiteren Recherchen über Suchmaschinen findet man eine [TV-Sendung von UATV English](#), in der die Filmproduzentin Anastasiya Starozhytska über die Dreharbeiten und den Film berichtet.

Dass der Clip trotz einiger erklärender Kommentare weiter geteilt und für echt gehalten wird, ist auch auf die Algorithmen einiger sozialer Netzwerke zurückzuführen, da emotionale Reaktionen vom Algorithmus hervorgehoben werden. So wird das Video weiteren Nutzern in ihren Feeds vorgeschlagen. Facebook hat den Clip inzwischen mit einem Hinweis versehen, dass das Video irreführend sei.

Dr. Daniele Ganser: Ukraine 2014, ein illegaler Putsch (Berlin 10.5.2015)

https://www.youtube.com/watch?v=sMfNmX0wKo&feature=share&fbclid=IwAR2A8MydzwmsJNJih7Dz2pjMyF0dtSvbjEwLJse1IXIE4h4rUwhtbF_nVww



<https://www.internationale-friedensfabrik-wanfried.org/post/helmut-schmidt-warnte-die-eu-kommission-die-ukraine-einzugliedern-das-k%C3%B6nnte-zum-3-weltkrieg-f%C3%BChren?fbclid=IwAR0tCUih38cUj3ENGIvX3sCjFPuwZJRH-oXmCNB4sK3ek0IsP6PaQrb3a4>

Helmut Schmidt warnte die EU-Kommission die Ukraine einzugliedern, das könne zum 3. Weltkrieg führen

„Ich halte nichts davon, einen 3. Weltkrieg herbeizureden, erst recht nicht von Forderungen nach mehr Geld für Rüstung der Nato. Aber die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag. Was wir brauchen, ist ein Treffen nach dem Vorbild der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit 1975 in Helsinki.“ Auch der außenpolitische Sprecher der SPD in 2014, Niels Annen, warnte: "Die Assoziierung war als Alternative zur Mitgliedschaft gedacht. Das was die EU-Kommission in den letzten Jahren daraus gemacht hat, war eine de facto Beitrittsverhandlung. Dass das auf Dauer nicht gut gehen konnte, wenn man die Ukraine vor eine unmögliche Wahl zwischen Ja zu Europa und Nein zu Russland stellt, das ist, glaube ich, in den Debatten der letzten Tage hinreichend deutlich geworden."



ALTKANZLER HELMUT SCHMIDT (95, SPD) ÜBER EUROPA UND DIE UKRAINE-KRISE

„Was Brüssel tut, ist Größenwahnsinn“



BILD: Mischt sich Brüssel zu sehr ein in Angelegenheiten der Mitgliedstaaten? Schmidt: „Nicht nur das. Sie mischen sich auch zu sehr in die Weltpolitik ein, obwohl die meisten Kommissare davon kaum etwas verstehen. Das jüngste Beispiel ist der Versuch der EU-Kommission, die Ukraine anzugliedern. Und dann auch noch Georgien an sich zu ziehen. Zur Erinnerung: Georgien liegt außerhalb Europas. Das ist Größenwahnsinn, wir haben dort nichts zu suchen!“

BILD: Sie verlangen mehr außenpolitische Zurückhaltung der EU?

Schmidt: „Nicht von der gesamten EU, aber von den Beamten und Bürokraten in Brüssel. Die verstehen davon zu wenig! Und sie stellen die Ukraine vor die scheinbare Wahl, sich zwischen West und Ost entscheiden zu müssen.“

BILD: In Werbespots der Parteien zur Europawahl kommt das Thema Ukraine-Krise gar nicht vor. Hat die Politik das Problem unterschätzt?

Schmidt: „Wahrscheinlich. Ich setze mich seit Monaten dafür ein, dass alle Beteiligten Staatsmänner und -frauen an einen Tisch kommen – auch die Russen, die Ukrainer, die Weißrussen. Was wir brauchen, ist ein Treffen nach dem Vorbild der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit 1975 in Helsinki.“ (..)

BILD: Sehen Sie Europa am Abgrund wie 1914 vor dem Weltkrieg? Schmidt: „Die Situation scheint mir zunehmend vergleichbar. Europa, die Amerikaner, auch die Russen verhalten sich so, wie es der Autor Christopher Clark in seinem lesenswerten Buch über den Beginn des 1. Weltkriegs beschrieben hat: wie ‚Schlafwandler‘.“

BILD: Sehen Sie tatsächlich die Gefahr eines Krieges um die Ukraine?

Schmidt: „Ich halte nichts davon, einen 3. Weltkrieg herbeizureden, erst recht nicht von Forderungen nach mehr Geld für Rüstung der Nato. Aber die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag.“

[Altkanzler Helmut Schmidt im BILD-Interview über Europa und die Ukraine-Krise - Politik Ausland - Bild.de](#)

15. oder 16. 5.2014 Im Text habe ich kein Datum gefunden, aber der Artikel bezieht sich auf dieses Interview: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-helmut-schmidt-wirft-eu-groessenwahn-vor-a-969773.html>

Helmut Schmidt machte auf die kulturelle Spaltung der Ukraine aufmerksam, die man nicht ignorieren sollten:

Die Politik des Westens basiere auf einem großen Irrtum, äußerte Helmut Schmidt vergangenen Samstag in einem **Interview mit der "Bild"-Zeitung**: „dass es ein Volk der Ukrainer gäbe, eine nationale Identität.“ In Wahrheit, führte er weiter aus, **gebe es die Krim, die Ost- und die West-Ukraine**. Und während die Krim sowieso nur ein „Geschenk“ Chruschtschows an die Ukraine gewesen sei, würde die West-Ukraine größtenteils aus ehemaligen **polnischen** Gebieten bestehen, allesamt römisch-katholisch, sagte er in der "Bild". Hingegen liege die Ost-Ukraine, überwiegend russisch-orthodox, auf dem Gebiet der Kiewer Rus, dem einstigen Kerngebiet Russlands.

[Helmut Schmidt sagt: Die Ukraine ist keine Nation! Stimmt das überhaupt? - FOCUS Online](#)

Kritik auch 2014 an der Außenpolitik der EU 2014 vom **außenpolitischen Sprecher der Sozialdemokraten, Niels Annen**:

"Die Assoziierung war als Alternative zur Mitgliedschaft gedacht. Das was die EU-Kommission in den letzten Jahren daraus gemacht hat, war eine de facto Beitrittsverhandlung. Dass das auf Dauer nicht gut gehen konnte, wenn man die Ukraine vor eine unmögliche Wahl zwischen Ja zu Europa und Nein zu Russland stellt, das ist, glaube ich, in den Debatten der letzten Tage hinreichend deutlich geworden. (..) Übrigens hat der Bundesaußenminister, aber auch die Bundeskanzlerin im Bundestag durchaus sich selbstkritisch geäußert zu der Art und Weise, wie die Europäische Union mit der Ukraine in den letzten Jahren umgegangen ist."

Annen: Ja wenn wir in einer Krisensituation, wo wir eine diplomatische Lösung anstreben, nicht in der Lage sind, miteinander zu sprechen, dann begeben wir uns in der Tat auf das Feld derjenigen, die glauben, man könnte Politik auch kurzfristig mit den Zielen von Einschüchterung, von Containment, von militärischen Drohungen bewältigen. Ich glaube nicht, dass das funktionieren wird, und ich kann deswegen diesen Widerspruch, den Sie dort konstruieren, auch nicht erkennen.

[Ukraine-Konflikt - "Steinmeiers Politik ist mutig" \(deutschlandfunk.de\)](#)

sie auch Die Zeit: [Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor | ZEIT ONLINE](#)

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/helmut-schmidt-ukraine-eu-weltkrieg>

Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor

Der Altkanzler beschuldigt die EU-Kommission, im Ukraine-Konflikt ihre Kompetenzen zu überschreiten. Die weltpolitische Lage ähnele der kurz vor dem Ersten Weltkrieg.

16. Mai 2014, 10:43 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, Reuters,

Altkanzler Helmut Schmidt hat die Ukraine-Politik des Westens scharf kritisiert. In einem Interview mit der *Bild*-Zeitung warf er den EU-Kommissaren vor, sie mischten "sich zu sehr in die Weltpolitik ein, obwohl die meisten Kommissare davon gar nichts verstehen". Das jüngste Beispiel sei "der Versuch der EU-Kommission, die Ukraine anzugliedern", sagte er. Falsch sei auch, Georgien an sich zu ziehen. "Das ist Größenwahn, wir haben dort nichts zu suchen."

Schmidt verlangte von der Kommission mehr außenpolitische Zurückhaltung. "Beamte und Bürokraten" stellten die Ukraine "vor die scheinbare Wahl", sich zwischen Ost und West zu entscheiden.

In den vergangenen Tagen hatten etliche aktive und ehemalige SPD-Politiker kritisiert, die EU habe die Spannungen in der Ukraine-Krise mitverursacht. Am Morgen äußerte auch der SPD-Außenpolitiker Niels Annen diese Kritik im Deutschlandfunk. Die EU habe de facto Beitrittsverhandlungen geführt. Es habe sich gezeigt, dass "das auf Dauer nicht gut gehen konnte".

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte die Kritik an der EU entschieden zurückgewiesen. Es sei der frühere ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch selbst gewesen, der die Ukraine auf Westkurs gebracht habe, sagte sie.

Ein Dritter Weltkrieg?

Altkanzler Schmidt kritisierte auch die Bundesregierung. Die von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) geplante Genfer Konferenz Mitte April sei sicher dringend geboten gewesen. "Aber zurzeit gibt es leider niemanden, der konstruktive Vorschläge zur Zukunft der Ukraine vorbringt", bemängelte Schmidt.

Public Health Graz

Aufgrund von Studien die zeigten, dass eine zweite mRNA-Impfdosis das Risiko einer Herzmuskelentzündung (Myokarditis) deutlich erhöht, haben sich Länder wie Hong Kong, Norwegen, UK, Schweden und Taiwan gegen eine zweite Impfung bei Jugendlichen entschieden. Eine aktuelle Studie aus Hong Kong zeigt, dass sich diese Vorgangsweise ausgezahlt hat. Angesichts der Tatsache, dass sich inzwischen über 50 Prozent der Jugendlichen mit SARS-CoV-2 infiziert haben (das CDC in den USA geht - ohne Impfung -

von über 60 Prozent aus - <https://bit.ly/3IRSJwg> - Schätzungen in UK gehen sogar von 70 Prozent aus - <https://bit.ly/3pySK0S>) sollte die Impfstrategie für gesunde Kinder und Jugendliche überdacht und auf ihre Evidenzbasierung sowie Verhältnismäßigkeit geprüft werden ... auch in Österreich.

September 15, 2021

Joint Scientific Committee recommended people aged 12 to 17 y to receive 1 dose of the BNT162b2 vaccine

April 15, 2021

Expanded the vaccination program to people aged 16 to 19 y



1
People could receive
vaccine

June 10, 2021

Government lowered the minimum age for the BNT162b2 vaccine from 16 to 12 y

https://jamanetwork.com/journals/jamapediatrics/fullarticle/2789584?utm_source=facebook&utm_campaign=content-shareicons&utm_content=article_engagement&utm_medium=social&utm_term=030322&fbclid=IwAR2Svc8DT-FhAWmab4azhfkmgCmL-L3L4CL96KvEBkro-abC66dm5PHhyhY#.YiDP-oMzluU.facebook

Public Health Graz

Die Impfungen gegen SARS-CoV-2 haben nie eine Infektion verhindert. Sie sind ja kein luftdichter Glassturz. Auch die Reduktion der Übertragung ging im Herbst 2021 gegen Null und damit auch das Argument des Fremdschutzes. Die neuesten Daten zum

Selbstschutz zeigen, dass auch die Reduktion von symptomatischen Verläufen zusehends geringer wird.

Nach zwei Impfdosen AstraZeneca liegt sie nach 4 Monaten bei Null. Bei Pfizer bei 8 Prozent. Booster helfen kurz, nach zwei Monaten liegt der Schutz bei 60 Prozent, aber dann geht es wieder in Richtung Null. Was wirklich einen lang anhaltenden Schutz bietet ist die natürliche Immunität - <https://wb.md/3vAtLxY>

Die ÖVP fährt einen Frontalangriff auf unsere Neutralität und Nehammer erdreistet sich ernsthaft, so dermaßen **zu lügen?**



[Public Health Graz](#)

MiG-29 für die Ukraine – Das Mega-Geschäft hinter dem Kampffjet-Geschenk



Von **Gerhard Hegmann**
Wirtschaftsredakteur

US-Korrespondentin Nancy Lanzendörfer erklärt im Interview mit WELT, **wie die USA derzeit Militärhilfe im Ukraine-Konflikt leisten** und welche Waffen möglicherweise ins Krisengebiet geliefert werden könnten. Polen spielt hierbei eine strategische Rolle.

Polen könnte DDR-Kampffjets an die Ukraine liefern. Der Plan ist sehr riskant, weil Putin ihn als Einmischung der Nato verstehen kann. Zudem schließt er ein gewieftes

Tauschmanöver ein – von dem am Ende auch der US-Rüstungskonzern Lockheed Martin profitieren würde.

V

or knapp 20 Jahren sorgte ein Kampfflugzeug-Geschenk Deutschlands an den Nato-Partner Polen für Aufsehen. Jetzt spielen die 22 damals für einen Euro gelieferten MiG-29 Jagdflugzeuge eine unerwartete Rolle im Angriffskrieg des russischen Präsidenten Wladimir Putin gegen die Ukraine.

Die etwa 40 Jahre alten Flugzeuge könnten im Rahmen eines umfangreichen Kampffjettauschs mit Polen an die Streitkräfte Kiews weitergeleitet werden. Die ukrainischen Piloten sind mit der MiG-29 vertraut und könnten die Maschinen so relativ schnell bei der Abwehr der Angreifer nutzen.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hatte in der ARD-Talkshow „Anne Will“ angekündigt, dass die Nato und Deutschland nunmehr auch überlegen, Kampffjets und damit erstmals großes fliegendes Kriegsgerät an die Ukraine zu liefern. „Die Vorbereitungen laufen, wie jetzt Polen diese Flugzeuge liefern könnte, ohne dass sie selber dann nicht mehr verteidigungsfähig wären“, sagte Baerbock. „Sie brauchen dann selbst Ersatzflugzeuge.“

Ähnlich hatte sich zuvor US-Außenminister Antony Blinken geäußert. Die USA würden sich nun aktiv mit der Frage beschäftigen, wie Polen der Ukraine Flugzeuge bereitstellen könnte „und wir sehen uns auch an, wie es uns möglich sein könnte, die polnischen Lücken wieder zu füllen, wenn sich Polen entscheiden sollte, diese Flugzeuge zu liefern“.

Milliardengeschäft für Lockheed Martin

Es ist ein extrem riskanter Plan. Putin könnte dies als Einmischung der Nato in seinen Ukraine-Krieg werten und damit in eine Eskalationsspirale eintreten – bis hin zum Zünden von sogenannten taktischen Atombomben in Europa. Dem größten US-

Rüstungskonzern Lockheed Martin würde bei einem Kampffjettausch ein Milliardengeschäft winken.

Falls Polen insgesamt 28 MiG-29 – davon die 22 Ex-DDR-Modelle – in die Ukraine liefert, könnte diese Lücke zunächst mit amerikanischen F-16-Modellen von Lockheed Martin gefüllt werden, heißt es in Militärkreisen. Nach der Sofortmaßnahme könnten die F-16 dann durch den modernen US-Tarnkappen-Kampffjet F-35 ersetzt werden.

Noch gibt es offiziell keinen Lieferbeschluss, aber viele Gespräche hinter den Kulissen. US-Außenminister Blinken wolle Polen zu dem Schritt bewegen, heißt es. Zuvor hatte Warschau Berichten widersprochen, wonach das Geschäft bereits besiegelt ist.

„Polen wird seine Kampffjets nicht in die Ukraine schicken und auch nicht erlauben, seine Flughäfen zu nutzen“, teilte Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit. Womöglich gibt es aber doch ein Umdenken, was mit den MiG-29-Jagdflugzeugen passiert.

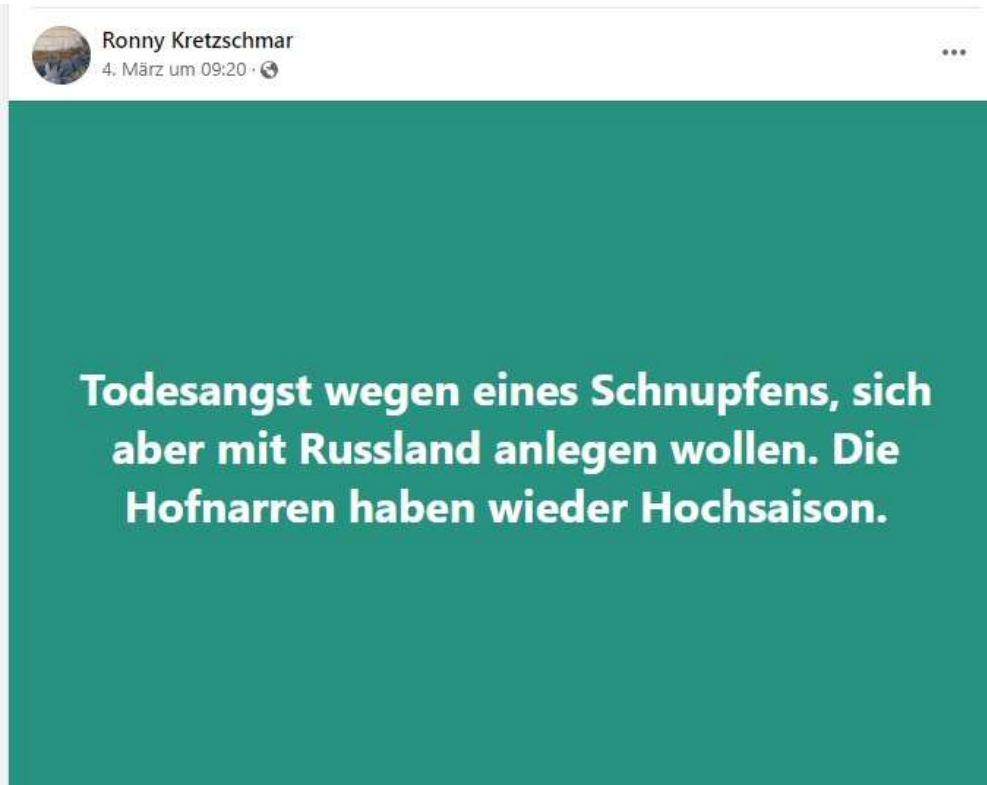
Auch die Luftwaffe will Kampffjet F-35

Dazu lohnt ein Rückblick: Im September 2003 erhielten die polnischen Streitkräfte zum symbolischen Preis von einem Euro die MiG-29-Jets. Deutschland hatte das ehemals leistungsfähigste Jagdflugzeug des Warschauer Pakts nach dem Fall der Mauer 1989 und der deutschen Wiedervereinigung 1990 aus NVA-Beständen übernommen – und zunächst in die Nato-Luftverteidigungsstruktur integriert.

Mehr als 700 Millionen Mark wurden in die MiG-29-Flotte investiert. Dann wurden die Modelle aber doch ausgemustert und an den Nato-Partner Polen verschenkt. Nun könnte Polen nach weiteren F-16 im nächsten Schritt das Tarnkappenflugzeug F-35 erhalten, ebenfalls von Lockheed Martin. Dieses Modell ist auch bei der deutschen Luftwaffe als Nachfolger des veralteten Tornado für den Transport von US-Atombomben im Gespräch.

Ein Kampfjet-Tausch mit der Regierung in Warschau wäre ein weiterer Erfolg für die US-Rüstungsindustrie, die Polen auch mit neuen modernen Abrams-Kampfpanzern ausstattet. Zuvor scheiterte eine Beteiligung Polens am neuen geplanten deutsch-französischen Super-Panzersystem MGCS als Nachfolger der Kampfpanzer Leopard und Leclerc. Im Februar stimmte das US-Außenministerium der Lieferung von 250 Abrams-Kampfpanzern an Polen zu. Zusammen mit weiteren Waffen beträgt der Auftragswert rund sechs Milliarden Dollar. Ein Preisschild für den Kampfjet-Deal gibt es noch nicht – falls er überhaupt zustande kommt.

Es ist unfassbar, was man sich von dem Herrn und seiner Partei alles bieten lassen muss



https://contra24.online/2022/03/russland-nennt-die-bedingungen-fuer-die-sofortige-beendigung-der-militaeroperation/?fbclid=IwAR3I9bWIF8r09Zy_ndDJkRxXLQzEnRrJ7JSNwaV6DooNT9CKeMDmRtHy2k0

Weltgeschehen

Russland nennt die Bedingungen für die sofortige Beendigung der Militäroperation

MRZ 7, 2022 Bedingungen, Kapitulation, Russland, Truppenabzug, Ukraine



Foto ITAR-

TASS / Donat Sorokin

Moskau hat Kiew die Bedingungen für das sofortige Ende der Militäroperation in der Ukraine mitgeteilt. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass die Ukrainer diesen zustimmen.

Von Redaktion

Nach Angaben des weißrussischen Staatsfernsehens ist die russische Delegation an dem Ort eingetroffen, an dem am Montag am frühen Nachmittag die dritte Runde der Gespräche mit der ukrainischen Seite beginnen soll. Bisher konzentrierten sich die Gespräche auf die **Einrichtung und Aufrechterhaltung humanitärer Korridore für die sichere Evakuierung von Zivilisten**, die noch in den von den russischen Streitkräften belagerten Städten eingeschlossen sind. Diese Korridore wurden jedoch an verschiedenen Orten errichtet und wieder zusammengebrochen, was nur begrenzt wirksam war, da Kiew Russland beschuldigt hat, die vorübergehenden Waffenstillstandspausen durch die Wiederaufnahme des Beschusses zu brechen, was das russische Militär zurückgewiesen hat.

Unmittelbar vor dem Treffen veröffentlichte der Kreml **eine Liste von Forderungen**, die erfüllt werden müssen, wenn die Ukraine einen sofortigen Stopp der russischen Invasion erreichen will. **Dazu gehört nach Angaben des Kremlsprechers die Anerkennung der Krim als Teil des souveränen russischen Territoriums sowie von Donezk und Lugansk als unabhängige Staaten.** Der Sprecher sagte, wenn diese Bedingungen erfüllt seien, würden die russischen Militäraktionen „sofort eingestellt“. In der Erklärung hieß es, die **Ukraine müsse ihre Verfassung ändern, um jegliche Ansprüche oder Bestrebungen,**

irgendeinem Block beizutreten, endgültig abzulehnen – eine Bedingung, die sich offensichtlich auf das Militärbündnis NATO bezieht.

Ebenfalls am Montag erklärte das russische Verteidigungsministerium vier neue humanitäre Waffenstillstände in der Ukraine, um die Evakuierung der Zivilbevölkerung zu erleichtern: „Die russischen Streitkräfte verkünden einen Waffenstillstand ab 10 Uhr morgens und öffnen humanitäre Korridore in Kiew, Charkow, Sumy und Mariupol, teilte das russische Koordinationszentrum für humanitäre Hilfe am Montag mit,“ [so TASS](#).

In der Erklärung des Verteidigungsministeriums heißt es weiter: „In Anbetracht der katastrophalen humanitären Lage und ihrer dramatischen Verschlechterung in den Städten Kiew, Charkow, Sumy und Mariupol sowie auf persönliche Bitte des Präsidenten der Französischen Republik Emmanuel Macron an den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Wladimirowitsch Putin, kündigen die Streitkräfte Russlands für den 7. März 2022 ab 10.00 Uhr einen **Waffenstillstand aus humanitären Gründen an und öffnen humanitäre Korridore.**“

Präsident Wolodymyr Zelenskij hat jedoch erneut zurückgewiesen, dass Russland seine begrenzten Waffenstillstandsvereinbarungen einhält. „Wir werden jeden bestrafen, der in diesem Krieg Gräueltaten begangen hat“, [sagte](#) er am Montag. „Es wird keinen ruhigen Platz auf dieser Erde für Sie geben. Außer dem Grab.“

Buch-Tipp: ["Das Ibiza-Attentat" von HC Strache](#)

In diesem Buch erzählt HC Strache erstmals seine Version der Ereignisse des Ibiza-Attentats vom Sommer 2017 und gibt auch Einblicke in das, was hinter den Kulissen passierte. Dabei wird deutlich, dass das Ibiza-Attentat kein Streich von Kleinkriminellen war, sondern dass es in Wahrheit um wesentlich größere Zusammenhänge ging.

Der UN Sozialpakt verbietet jegliche medizinischen Zwangsmaßnahmen ausdrücklich auch Zwangsimpfungen und wurde 1973, bzw. 1974 von BRD und DDR ratifiziert und ist Bestand des allgemeinen Völkerrechtes. Bis heute sagt Artikel 25

GG, daß Völkerrecht den Gesetzen in der BRD vorgeht und unmittelbar gilt. Was auch immer die Abgeordneten im Deutschen Bundestag am 18.3. hinsichtlich der Impfpflicht beraten oder gar beschließen ist unwirksam und wir müssen es ignorieren. Sollte es zu...

Mehr anzeigen

DOCSTORE.OHCHR.ORG

docstore.ohchr.org



Ich erinnere an die Beantwortung nach dem Auskunftsgesetz und wünsche noch allen die sich nicht am Drohnenmordprogramm oder Impfwang beteiligen eine schöne Zeit und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Klaus Schreiner

"Das ist der springende Punkt: In den entscheidenden ersten Tagen nach der Infektion passiert medizinisch normalerweise nichts, gar nichts.

Wir tun nichts, um schwere Verläufe zu verhindern, sondern warten achselzuckend ab, bis die schwer Erkrankten in die Krankenhäuser kommen. Für mich als Arzt, der seit dem Medizinstudium trainiert ist, kranken Menschen **sofort zu helfen, ist das ein unhaltbarer Zustand**. Und es ist politisch ein Irrsinn, nichts dagegen zu unternehmen, dass unsere Krankenhäuser von schwer Erkrankten mehr und mehr überrannt werden."



Univ. Doz. Dr. Hannes Strasser

Prävention & FRÜHBEHANDLUNGEN sind GAME-CHANGER!





IMPfZWANG!!! NEIN!



**KEINE mRNA-Gen-
therapieversuche!**